No. 427. — 56. Jahrgang.

Berliner Volks-Zeitung

mit Täglichem Familienblatt und Illustriertem Sonntagsblatt

Morgen-Ausgabe

Freitag, 11. September 1908

Die „Berliner Volks-Zeitung" erscheint täglich zweimal; Sonntags nur morgens, Montags nur abends.
Abonnementspreis für Berlin:
75 Pf. monatlich
frei ins Haus, vierteljährlich M. 2.25 einschl. 16seitigem Illustr. Sonntagsblatt
Abonnementspreis für auswärts
bei Bezug durch die Post: monatlich M. 0.80, vierteljährlich M. 2.40 einschl. 16seitigem Illustr. Sonntagsblatt

Redaktion: Jerusalemer Straße 46/49.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortlichkeit.

Insertionspreis für die Zeile 40 Pf.
Stellenangebote und Gesuche . . 30 „
Haupt-Expedition:
SW. Jerusalemer Straße 46/49.
Filialen: Prinzenstr. 41, Kottbuserstr. 1, Sorauerstr. 20, Petersburgerstr. 2, Gr. Frankfurterstr. 33 u. Gr. Frankfurterstr. 87, Rykestraße 31, Schiffbauerdamm 1, Schulzendorferstraße 27 (am Weddingplatz), Königstr. 56/57, Rathenowerstr. 3, Potsdamerstr. 38, Bayreutherstr. 32, Leipzigerstr. 103, Blücherstr. 69 (Ecke Johannistisch), Rixdorf, Prinz Handjerystraße 83/84 u. Berlinerstr. 73, Schöneberg, Vorbergstr. 8, Charlottenbg., Kantstr. 34, Pankow, Berlinerstr. 13b, Lichtenberg, Frankfurter Chaussee 129, Weißensee, König-Chaussee 61b.

Chef-Redakteur: **Karl Vollrath**, Berlin W.
Verlag u. Druck: **Rudolf Mosse**, Berlin SW.

Dänische Sorgen.

Aus **Kopenhagen** wird uns von einem Freunde unseres Blattes zu der Affäre Alberti unterm 9. d. M. geschrieben:

Das kleine nordische Königreich hat eine Sensation, um die es die romanischen Staaten beneiden können. Vor den Redaktionen der hauptstädtischen Zeitungen drängen sich neugierige und aufgeregte Menschenmassen und die Blätter werden den Straßenverkäufern buchstäblich aus der Hand gerissen. Der Name Alberti ist in aller Munde und das Bild dieser gefallenen Größe wird an allen Ecken ausgestellt.

Bis vor zwei Monaten war der Mann Justizminister; vor wenigen Tagen hatte er, der bei seinem Abgang mit dem Titel Geheimer Konferenzrat und dem Prädikat Exzellenz geschmückt worden war, an festlicher Tafel seinen Platz noch neben dem König, — gestern stellte er sich der Polizei und bezichtigte sich selbst des Millionenbetrugs, (die Angaben schwanken zwischen 9 und 18 Millionen Kronen) und es ergibt sich, daß diese Unterschlagungen seit 14 Jahren verübt sind.

Ein harter Schlag für die regierende Partei, die sogenannten Reformer der Linken, der Alberti angehörte; um so härter, als sie, gerade was Personalien angeht, in der letzten Zeit sehr unerfreuliche Erfahrungen hat machen müssen. Zwei Männer, die auf Veranlassung des Kabinetts vom König auf Lebenszeit in das Oberhaus berufen worden waren, entpuppten sich als recht dunkle Existenzen: Der eine, ein Advokat, wurde seiner bedenklichen Praktiken wegen verurteilt und mußte auf seinen Platz in der ersten Kammer verzichten; der andere, ein Geistlicher, konnte seinen Sitz gar nicht erst einnehmen, da er sittlicher Verfehlungen überführt wurde. Das schlimmste aber ist, daß Alberti schon lange als sehr verdächtig galt.

Von seiten der politischen Gegner, von der radikalen bürgerlichen Linken, den Sozialdemokraten, auch von der Rechten ist mehr oder weniger deutlich auf seine zweifelhaften Geschäfte hingewiesen worden, aber man hat ihn gehalten: aus Parteirücksichten.

Nicht als ob seine Ministerkollegen um seine Betrügereien gewußt hätten. Sie verschlossen nur ihre Augen und Ohren mehr als es gut war. Sie sahen in den Angreifern zu sehr die politischen Gegner, die sich von unedlen Motiven leiten ließen. Vielleicht haben sie in letzter Zeit auch etwas geahnt. Die Gesundheitsrücksichten, die Alberti bei seiner Demission vorschützte, sind ihm wohl suggeriert worden, aber das Kabinett hätte verhindern müssen, daß dem Scheidenden die höchsten Ehren erwiesen wurden. Die linke Reformpartei mußte doppelt und dreifach vorsichtig sein, da aus ihrer Mitte zuerst ein parlamentarisches Ministerium gebildet worden ist.

Erst vor wenigen Jahren hat sie es nach heftigen Kämpfen dahin gebracht, daß in Dänemark das parlamentarische System zur Herrschaft gelangte und sie als die stärkste Partei in der Volksvertretung die Männer für die Regierung präsentierte. Und nun ist dieselbe Gruppe, die das Rechtenministerium, als es den Majoritätsverhältnissen zum Trotz die Geschäfte führte, aufs heftigste angriff, so schwer kompromittiert.

Kein Wunder, daß die **Konservativen** die Situation benutzen und das **System** für die Sünden eines einzelnen und die Nachlässigkeit einiger weniger verantwortlich machen. Zu Unrecht natürlich, denn nicht nur der Absolutismus kennt die Korruption, sie ist auch dem Bureaukratismus nicht fremd, wenn sie dort auch vielfach andere Gestalten annehmen mag — aber schließlich empfinden doch alle Anhänger der Demokratie und des Parlamentarismus in Dänemark die Affäre Alberti als einen Schlag, und ich sprach mit führenden Männern anderer Parteigruppen, bei denen wahrhaftig nicht die Schadenfreude die vorwiegende Empfindung war. Die Sozialdemokratie, die noch am gestrigen Abend eine Volksversammlung veranstaltete, ist vielleicht noch am ehesten geneigt, über die „bürgerliche" Verderblichkeit zu triumphieren, aber auch bei ihr macht sich die Erwägung geltend, daß Vorkommnisse wie dieses der verfassungsrechtlichen Reaktion Wasser auf die Mühle führen.

Jedenfalls wird die Regierung alles tun müssen, was in ihren Kräften steht, um die Scharte auszuwetzen und dazu wird es notwendig sein, den gegenwärtigen Premier zur Demission zu veranlassen. Er ist keineswegs direkt mitschuldig, aber ihn trifft doch die Verantwortung am meisten. Die Frage wird dann aber die sein, ob das Kabinett sich noch längere Zeit halten kann. Es verfügt über eine gute Mehrheit, aber im kommenden Frühjahr finden Neuwahlen statt, bei denen der Fall Alberti zweifellos eine Rolle spielen wird. Ein geschicktes Operieren der Gegner kann der linken Reformpartei auch dort, wo sie ihre Stütze hat, bei den Bauern, starken Abbruch tun. Rechts stehen die Freikonservativen und Konservativen, links die Radikalen, deren politische Haltung ungefähr der der Barthschen Gruppe in Deutschland entspricht, und die zurzeit über zehn Mandate von 114 verfügen. Viel wird darauf ankommen, wie sich die kleineren Landwirte, um deren Gunst sich **Klerikale und Sozialdemokraten nicht** ohne Erfolg bemühen, stellen.

Diese Wahlen aber sind auch für das Ausland nicht ohne Interesse. Im Mittelpunkt der politischen Diskussion hierzulande steht die Landesverteidigungsfrage, insonderheit soweit sie sich auf die Befestigung Kopenhagens erstreckt. Die Entscheidung in diesem Punkte hängt zum guten Teil von dem Ausfall der nächsten Wahlen ab. Sie interessiert das Ausland insofern, als in die Erörterung der deutsch-englische Gegensatz oder sagen wir lieber, das Gerede vom deutsch-englischen Gegensatz, hineinspielt. Die gegenwärtige Regierung, die übrigens das Zeugnis ausgestellt werden muß, daß sie eine vernünftige und ruhige auswärtige Politik treibt, hat ein Projekt ausgearbeitet, wonach die Seebefestigungen der Hauptstadt verstärkt und die Landbefestigungen dafür verringert werden sollen. Dieser Vorschlag erregt die Militaristen und diejenigen Elemente, die die Zukunft Dänemarks durch ein enges Zusammengehen mit England sichern wollen, denn sie behaupten, daß seine Verwirklichung eine Bevorzugung des zu Lande mächtigen Deutschlands zu Ungunsten Großbritanniens bedeute. Die Radikalen andererseits wollen die Befestigungen der Hauptstadt völlig beseitigt wissen, weil sie nicht mit Unrecht annehmen, daß das geschützte Kopenhagen von Deutschland wie von England im Falle eines Krieges für einen zu wertvollen Stützpunkt gehalten werden würde, als daß nicht beide **versuchen sollten, sich seiner zu bemächtigen.**

So schlägt die hohe Politik, die Politik der Großmächte, auch im kleinen Dänemark ihre Wellen. Welche Auffassung schließlich die siegreiche bleibt, hängt nicht zum wenigsten davon ab, ob die eine der in Betracht kommenden Großmächte nicht endlich aufhören wird, vor der dänischen Ueberflutung Angst zu empfinden und gegen dänische Gesangvereine und Schützenklubs mit dem schwersten Geschütz vorzugehen.

Dr. R. B.

Schluß der Kaisermanöver.

Aus **Kurzel**, 10. September meldet der Telegraph: Die Kaisermanöver wurden heute mittag nach 1 Uhr etwa eine Stunde östlich von Kurzel **beendigt**. Nach dem Schluß hielt der **Kaiser** längere Kritik ab.

Ein weiteres Telegramm besagt: Die Manöver endeten mit dem **Rückzug der roten Partei** auf Bolchen. Die Kritik dauerte bis 1 Uhr 45 Minuten. Der Kaiser und Erzherzog Franz Ferdinand trafen um 3 Uhr 30 Min. auf Schloß Urville ein. Der Erzherzog begab sich nach gemeinsamer Mahlzeit und nach herzlicher Verabschiedung vom Kaiser mit Gefolge und dem Ehrendienst im Automobil nach Metz, von wo er mit der Bahn nach **Salzburg** geht.

Die Denunziantenkunststücke

des Organs für „freisinnige" Blockwindmüllereien, die wir schon mehrfach gekennzeichnet haben, haben jetzt Nachahmung gefunden in der **Zentrumspresse**. Jüngst hatte der zwar katholische, aber liberale Pfarrer **Grandinger** in Geroldsgrün eine Rede gehalten, die Herrn Pichler und seinen Getreuen nicht gefiel und deretwegen er nun folgendermaßen bei seinem Bischof denunziert wird: „Grandinger hat auch von der Organisation der Liberalen gesprochen und den Mitteln, sie bodenständig zu machen. Da stößt er schon wieder mit dem Ellbogen gegen das **Verbot seines Bischofs**, das ihm **untersagt**, als Reiseprediger des Liberalismus zu fungieren."

Genau so wurden von dem Berliner „Partei"-Blättchen der freisinnigen Volkspartei die **Beamten** denunziert, die sich bei der Landtagswahl nicht an der Niederstimmung der Sozialdemokratie beteiligt hatten. Sie sollten sich dadurch der Verletzung ihres Amtseides schuldig gemacht haben! Mit Recht empfindet jeder anständige Mensch einen tiefen Widerwillen gegen diese Art von politischer Terrorismusseuche.

Der neue „Dreyfus-Prozeß".

In **Paris** begannen gestern vor dem Seine-Gerichtshof die Verhandlungen gegen den Journalisten **Gregori**, der angeklagt ist, auf den Major **Dreyfus** am 4. Juni im Panthéon einen **Mordversuch** gemacht zu haben. Der Verhandlungssaal war dicht **gefüllt**. Major Dreyfus und sein Sohn waren anwesend. Der Anklagebeschluß stellt fest, daß das Vorhandensein der **mörderischen Absicht** sicher sei, und daß das Verbrechen mit Vorbedacht ausgeführt wurde.

Königin Wilhelmina.

Aus dem **Haag** wurde gestern nachmittag gemeldet: Nach Mitteilungen von maßgebender Stelle ist das Befinden der **Königin Wilhelmina** gut. Die Niederkunft wird ungefähr zum **April** erwartet. Der Hof wird seinen diesjährigen Aufenthalt auf Schloß Loo mindestens bis in den Oktober hinein verlängern. Die Rückkehr nach dem Haag ist noch nicht festgesetzt worden.

Ein gestern nachmittag 5 Uhr aus **Amsterdam** datiertes Telegramm berichtet: Hier waren heute nachmittag Gerüchte über eine **vorzeitige Entbindung** der Königin verbreitet. Es liegt jedoch hierfür keine glaubwürdige Bestätigung vor.

Eine nächtliche Arbeitslosendemonstration.

Aus **Glasgow**, 10. September, wird gemeldet: **3000 Arbeitslose** versammelten sich gestern um **Mitternacht** auf dem Georges Square, wo Reden gehalten wurden. Die Polizei schritt ein und zerstreute die Menge, die aufs neue einen Zug bildete, um nach den Stadtvierteln zu ziehen, in denen die wohlhabenderen Klassen der Bevölkerung wohnen. Die Führer der Menge beabsichtigten eine Kundgebung vor dem Hause des Bürgermeisters. Als sie aber auf eine Viertelmeile herangekommen waren, erschien plötzlich berittene Polizei aus einem **Hinterhalt** und sprengte die Menge nach allen Seiten auseinander. Hierdurch entmutigt, zog die Schar nach der Stadt zurück, wo sie auseinandergetrieben wurde. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen. Die Polizeimannschaften machten **reichlichen Gebrauch von ihren Knütteln**, so daß viele Demonstranten am Kopf verletzt wurden.

Amnestie in Persien.

Die „Frankfurter Zeitung" meldet aus **Teheran**: Aus Anlaß der in der vorigen Woche erfolgten **Geburt eines Sohnes** hat der Schah fast alle in Baghihah seit dem Staatsstreich festgehaltenen **politischen Gefangenen freigegeben** mit der Bedingung, Persien beziehungsweise Teheran binnen 20 Tagen zu verlassen. Der Schah ist wieder hergestellt.

Kopenhagen, 10. September. Nachdem das Ergebnis der vom Sparkasseninspektor vorgenommenen vorläufigen Untersuchung des Standes der **Seeländischen Bauernsparkasse** dem Ministerium übergeben worden ist, haben der Finanzminister und der Minister des Inneren heute über Möglichkeiten verhandelt, um die Folgen des eingetretenen Uebelstandes zu mildern. Das gesamte Defizit beträgt danach etwa **10¼ Millionen Kronen**, wovon 1,900,000 Kronen durch die von Vertrauensmännern gezeichnete Garantiesumme gedeckt sind. Der Finanzminister verhandelte später mit den führenden Bankiers über die Lage.

Lissabon, 10. September. Der Ministerpräsident hatte heute mit den Parteiführern der Regeneradores und Progressisten eine Besprechung über die **politische Lage**. Allgemein stimmte man darin überein, daß es untunlich sei, in der gegenwärtigen Zusammensetzung **des Kabinetts eine Aenderung eintreten zu lassen.**

29. Deutscher Juristentag.

(Telegraphischer Bericht.)

Karlsruhe, 10. September.

Die **erste Abteilung** wählte zum Vorsitzenden den Geheimrat Dr. **Gierke** (Berlin) und zu dessen Stellvertreter Professor **Enneccerus** (Marburg). Sie beschäftigt sich mit Themen aus dem bürgerlichen Recht, und zwar mit Tarifverträgen, Eigentumsvorbehalt und Boykott. Die **zweite Abteilung**, die handelsrechtliche Aufgaben bearbeitet, wählte zum Vorsitzenden Justizrat **Friedberg** (Berlin) und Justizrat Dr. **Wildhagen** (Leipzig) zu seinem Stellvertreter. Die Abteilung begann ihre Beratungen mit der Frage der Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs. Die **dritte Abteilung**, die sich den Fragen aus dem Strafrecht und Strafprozeß widmet, begann mit der Frage der Beibehaltung oder Abschaffung des Untersuchungsrichters und der Einschränkung des Legalitätsprinzipes. Die **vierte Abteilung** unter dem Vorsitz des Oberlandesgerichtspräsidenten Fr. v. **Call** (Innsbruck) ging sofort an ihr Hauptthema, die Frage der Zivilprozeßreform, und erörterte das grundlegende Prinzip:

Einzelrichter oder Kollegialgericht?

Der erste Referent, Oberlandesgerichtspräsident Dr. Vierhaus (Breslau) legte zu diesem Thema Thesen vor, auf Grund deren er zu folgenden Forderungen gelangt ist:

1. Erhebliche Ausdehnung der amtsgerichtlichen Zuständigkeit nach Maßgabe des dem Reichstage vorliegenden Entwurfes einer Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz und zur Zivilprozeßordnung ist nicht empfehlenswert. Dagegen ist in Erwägung zu ziehen eine mäßige, der allgemeinen Preissteigerung Rechnung tragende Erweiterung der Wertgrenze für die amtsgerichtliche Zuständigkeit etwa bis 500 Mark. 2. Ausdehnung der amtsgerichtlichen Zuständigkeit für gewisse Streitigkeiten ohne Rücksicht auf den Wert des Streitgegenstandes. 3. Vorverfahren beim Amtsgericht ohne Anwaltszwang in allen vermögensrechtlichen Streitigkeiten bis zur Streiterhebung. 4. Streitverfahren bei Landgerichten mit Anwaltszwang, in den nicht zur Zuständigkeit der Amtsgerichte gehörenden vermögensrechtlichen Streitigkeiten vor einem Einzelrichter als beauftragtem Richter und Entscheidung durch diesen unter Vorbehalt von Rechtsmitteln an das Kollegium.

Die erste Abteilung befaßte sich, wie schon erwähnt, mit dem Thema: „Empfiehlt sich

die gesetzliche Regelung des gewerblichen Arbeitsvertrages

(insbesondere des Tarifvertrages) zwischen Arbeitgebern oder Arbeitgeberverbänden einerseits und Arbeiterverbänden andererseits?" Nicht weniger als vier umfangreiche Gutachten, zwei von deutschen und zwei von österreichischen Gelehrten, hat sich der Juristentag über diese wichtige Frage erstatten lassen.

Der erste Vorsitzende des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts zu Berlin, Magistratsrat v. **Schulz** gibt zunächst, gestützt auf das reiche Material des Berliner Gewerbegerichts, einen Ueberblick über die Weiterausbreitung, die die Tarifverträge in Deutschland zurzeit gewonnen haben. Das zweite Gutachten erstattete Dr. Waldemar Zimmermann von der Berliner Universität. Von den beiden österreichischen Gutachtern zu dieser Frage ist der erste Professor Dr. Rudolf Kobatsch, der Sekretär des Niederösterreichischen Gewerbevereins, einer liberalen Arbeitgebervereinigung in Wien. Umfassender ist das Gutachten des Advokaten Dr. Marcus Ettinger (Wien), der selbst wiederholt Tarifverträge vermittelt hat.

Der erste Referent zu diesem Thema, Reichstagsabgeordneter Justizrat Dr. **Junck** (Leipzig) trat unter Hinweis auf den **Buchdruckertarif** und dessen gute Wirksamkeit für die gesetzliche Regelung der Tarifverträge ein.

Das Korreferat zu dieser Frage hielt Privatdozent Dr. **Köppe** (Marburg). Er führte unter anderem aus: Die gesetzliche Regelung hat zur unbedingten Voraussetzung, einmal die Verleihung des wirklichen vollen Koalitionsrechts an die Berufsvereine gewerblicher Arbeitgeber und Arbeiter und sodann die gesetzliche Anerkennung ihrer Rechtsfähigkeit. Gegen Mißbräuche des Koalitionsrechtes soll das Gesetz natürlich reagieren, aber nicht im Wege eines Ausnahmegesetzes. Gleicher Schutz muß aber auch zuteil werden gegen Behinderung im Gebrauch des Koalitionsrechts, namentlich gegen Hinderung am Beitritt und Zwang zum Rücktritt, die bisher straflos ausgeübt werden dürfen. Ferner muß durch Aufhebung des § 152 Absatz 2 der Gewerbeordnung den Organisationen die Möglichkeit gegeben werden, ihre Mitglieder zur Einhaltung der Tarifverträge rechtswirksam anzuhalten. Die Regelung des Tarifvertrages selbst darf keine öffentlich rechtliche Zwangsregelung sein, sondern die Schaffung eines privaten Arbeitsnormenrechtes auf dem Boden des privatrechtlichen Vertrages. Sie muß sich beschränken auf Beseitigung aller rechtlichen Hindernisse, die der Erreichung des Tarifvertragszweckes im Wege stehen. Dabei ist das bestehende Recht vorsichtig auszubauen, alle Kasuistik zu vermeiden und nur dem Grundgedanken klar und bündig Ausdruck zu geben. Leitender Gesichtspunkt muß überall die absolute Freiwilligkeit der im Tarif erstrebten Verständigung sein, die das Geheimnis seiner Kraft bildet. (Lebhafter Beifall.)

Beide Referenten legten gemeinsam folgende Resolution vor:

„Der Deutsche Juristentag empfiehlt: 1. wiederholt die Reform des gewerblichen Koalitionsrechts im Sinne des früheren Beschlusses (insbesondere Aufhebung der §§ 152,2 und 153 der Gewerbeordnung); 2. Beseitigung der Hindernisse, die nach bürgerlichem Recht dem Erwerb der Rechtsfähigkeit durch gewerbliche Berufsvereine entgegenstehen; 3. gesetzliche Regelung des Rechts der Arbeitstarifverträge, in der volle Freiheit der Abschließung und Durchführung der Verträge gewährt und die Möglichkeit eröffnet wird, die Verträge bei den Gewerbegerichten öffentlich zu registrieren und eine Frist gewährt wird, innerhalb der die Mitglieder beteiligter Berufsvereine durch Erklärung an die Registerstelle die Tarifvertragsgemeinschaft ablehnen können."

Am Nachmittag trat die erste Abteilung in die **Diskussion** über das Thema: „Gesetzliche Regelung des gewerblichen Arbeitsvertrages (insbesondere des Tarifvertrages) zwischen Arbeitgebern oder Arbeitgeberverbänden einerseits und Arbeiterverbänden andererseits" ein. Regierungsrat Bartels, stellvertretender Geschäftsführer des Zentralverbandes deutscher Industrieller, führte aus, daß die deutschen Großindustriellen sich **prinzipiell** gegen die Einführung der Tarifverträge ausgesprochen hätten, weil gewisse sozialpolitische Schwärmer übertriebene Anforderungen an die Tarifverträge gestellt hätten. Unter das Joch eines Tarifzwanges würden sich die Industriellen **niemals** beugen, dazu werde sich die deutsche Industrie zu keiner Zeit hingeben. (Man soll niemals „niemals" sagen. Es kommt manchmal ganz anders! Das werden auch die Großindustriellen einst begreifen lernen! Red.) Den maßvollen Leitsätzen der beiden Referenten könne er in gewissem Umfange zustimmen. In ähnlichem Sinne sprach Syndikus Dr. Schändler, der Leiter der Hauptstelle der deutschen Arbeitgeberverbände. **Den Ausführungen dieser beiden Redner traten Justizrat Meschelsohn-**

Berlin, Rechtsanwalt Dr. Sinsheimer-Frankfurt a. M., Gewerberichter Dr. Goßler-München und Magistratsrat Wölbling-Berlin scharf entgegen und verteidigten die Thesen der Referenten.

Professor Dr. Leidig-Berlin sprach noch schärfer und noch reaktionärer als die beiden vorherigen Vertreter der Großindustriellen gegen die Tarifverträge.

Landgerichtsrat Kuhlemann-Bremen: Gewiß sicherten die Tarifverträge keinen industriellen Frieden, aber sie brächten doch Waffenstillstand und dienten damit dem nationalen Interesse Deutschlands. (Lebhafter Beifall.) — Syndikus Dr. Meyerstein, Vertreter der Berliner Handelskammer, legte eine Schrift der Handelskammer über die Wirkung der Tarifverträge in Berlin vor, aus der hervorgeht, daß die Neigung zum Friedensschluß infolge der Tarifverträge immer mehr wächst. Er empfahl besonders die Thesen 1 und 2 dringend zur Annahme, während er gegen einzelne Bestimmungen der These 3 Bedenken hätte.

Professor Enneccerus (Marburg) erklärte es mit seiner Ueberzeugung nicht vereinbar, schon jetzt festzulegen, daß die Tarifverträge für ganze Bezirke oder ganze Gewerbe automatisch gelten sollten. Die Beschlußfassung über die Thesen nahm infolge der zahlreichen Abänderungsanträge sehr viel Zeit in Anspruch, und die endgültige Redaktion mußte einer Unterkommission überwiesen werden.

Schließlich wurden die Leitsätze der Referenten, abgesehen von einer geringen redaktionellen Aenderung, angenommen.

* * *

Die zweite Abteilung beschäftigte sich heute mit der Frage: „Empfiehlt es sich, das Reichsgesetz zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs in Ansehung

des Ausverkaufswesens

zu ergänzen?" Die Gutachten zu diesem Thema sind bereits im Jahre 1906 in Kiel erstattet worden und das Thema dort bereits ausgiebig debattiert. Man konnte sich aber damals nicht einigen und sah von bestimmten Beschlüssen ab. Die Versammlung nahm mit großer Mehrheit folgenden Antrag an: „Im Vertrauen auf die energische Durchführung und Verfolgung der namentlich durch die neueren Entscheidungen des Reichsgerichtes geschaffenen Judikatur, nach welcher es klar ist, daß Nachschübe bei Ausverkäufen nur in geringem Umfange zulässig sind, soweit dies mit dem Zwecke des Ausverkaufes vereinbar ist, hält der Deutsche Juristentag eine Ergänzung des Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs in Ansehung des Ausverkaufswesens nicht für erforderlich, insbesondere nicht im Sinne der von der Regierung veröffentlichten Novelle. Sollte es indes noch zu einer gesetzlichen Neuordnung kommen, so erscheint das strikte Nachschubverbot empfehlenswert." Ein Amendement des Rechtsanwalts Dr. Wassermann, daß auch die von der Novelle vorgeschlagene Sprachverschärfung als empfehlenswert begrüßt werde, und ein ähnlicher Antrag des Justizrats Alexander-Katz wurden mit großer Mehrheit abgelehnt.

In der Abteilung für Strafrecht und Strafprozeß wurde heute zunächst über die Frage: „Ist

die Voruntersuchung

im Sinne der gegenwärtigen Strafprozeßordnung beizubehalten, und wie würde sie, falls diese Frage bejaht wird, zu gestalten sein?" verhandelt.

In der Abstimmung trat der Gegensatz zweier Richtungen scharf hervor. Weder die Anhänger der gerichtlichen Voruntersuchung noch ihre unbedingten Gegner konnten eine Mehrheit auf sich vereinigen.

Dann wandte sich dieselbe Abteilung der Frage zu: „Bedarf

das Legalitätsprinzip im Strafverfahren

eine Einschränkung, bejahenden Falles, in welcher Richtung?"

Als Legalitätsprinzip bezeichnet man die Verpflichtung der Staatsanwaltschaft, in jedem Falle Anklage zu erheben, wenn zureichende tatsächliche Anhaltspunkt für das Vorliegen einer strafbaren Handlung gegeben sind, als Opportunitätsprinzip die Befugnis der Staatsanwaltschaft, ihr Einschreiten von dem Vorliegen eines öffentlichen Interesses an der Strafverfolgung abhängig zu machen.

Der erste Berichterstatter Professor Dr. Graf Gleispach (Prag) bekämpfte mit aller Entschiedenheit jede Einschränkung des Legalitätsprinzips.

Das Korreferat erstattete Staatsanwalt Dr. Feisenberger (Magdeburg) und gelangte zu folgenden Thesen: 1. das Legalitätsprinzip ist beizubehalten, 2. das Legalitätsprinzip bedarf der Einschränkung, insoweit der Rechtsgüterschutz als solcher durch das Strafgesetz unmittelbar nur im Interesse des einzelnen Verletzten vom Staate gewährt wird. Es ist daher zu beseitigen für Beleidigung, Beschimpfung, Verletzung des Briefgeheimnisses und ähnliches. 3. die Verfolgung dieser Vergehen erfolgt durch die Privatklage, 4. die Verfolgung der einfachen Körperverletzung durch die Privatklage ist beizubehalten und auf die gefährliche Körperverletzung und alle Arten der fahrlässigen Körperverletzung auszudehnen.

Einen detaillierten Antrag, der dem Regierungsentwurf betreffend die Strafprozeßnovelle weit entgegenkommt und das Legalitätsprinzip erheblich einschränken will, legte Reichsanwalt Olshausen (Leipzig) vor. Die Diskussion über dieses Thema wurde vertagt.

Eine sehr interessante Sitzung hatte die vierte Abteilung (Zivilprozessuale Abteilung), die sich mit der Frage beschäftigte: „Ist in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten

das Kollegialprinzip

zugunsten des Einzelrichtertums einzuschränken?"

Die Frage knüpft unmittelbar an die viel gelobten, und viel angefeindeten Ausführungen des Frankfurter Oberbürgermeisters Dr. Adickes im preußischen Herrenhause an. Entschieden verneint die Frage der zweite Gutachter, Professor Heinsheimer (Heidelberg).

Die Versammlung beschloß mit großer Mehrheit — gegen sechs Stimmen — einen Antrag Wildhagen-Hachenburg anzunehmen, der lautet: „In bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten ist das für Deutschland gegenwärtig geltende Kollegialitätsprinzip zugunsten des Einzelrichtertums nicht einzuschränken. Deshalb ist die Ausdehnung der amtsgerichtlichen Zuständigkeit nach Maßgabe des dem Reichstage vorliegenden Entwurfs zum Gerichtsverfassungsgesetz und der Zivilprozeßordnung nicht empfehlenswert."

Deutscher Pfarrertag.

(Telegraphischer Bericht.)

Dortmund, 10. September.

Nachdem Dienstag und Mittwoch die Abgeordnetenversammlung des Preußischen Pfarrervereins und der Deutschen Pfarrervereine stattgefunden hatte, wurde heute vormittag im Festsaale des alten Rathauses der Deutsche Pfarrertag selbst durch den Vorsitzenden Dekan Deißmann (Erbach) eröffnet. Namens der preußischen Staatsregierung begrüßte Regierungspräsident Baake den Kongreß. Namens der Stadt Dortmund begrüßte Oberbürgermeister Schmieding den Pfarrertag. Hierauf erstattete Pastor Oberdick (Meensen) den Jahresbericht des Vorstandes.

Im Anschluß hieran führte er aus, daß für den Pfarrerstand in den nächsten Jahren wichtige Aufgaben der Erledigung harren. Neben der Festlegung des Osterfestes sollte es die Aufgabe der deutschen Pfarrer sein, auch auf anderen aktuellen Gebieten tätig zu sein. So haben sie in der Frage der Feuerbestattung einen Ausgleich zwischen den Forderungen der modernen Zeit (also doch!) und der alten kirchlichen Sitte herbeizuführen. Es wäre ein großes Verdienst, wenn die deutsch-evangelischen Pfarrer gerade diese Aufgabe lösen würden. Auch dem Religionsunterricht müssen sie ihre Aufmerksamkeit zuwenden. Ferner ist die Reform der Eidesformel eine Aufgabe, deren Bearbeitung sich der Pfarrerstand nicht mehr entziehen kann. Dazu kommt, daß die deutschen Pfarrervereine durch korporativen Anschluß an andere Vereine sich den Gebieten, auf denen diese Vereine tätig sind, zuwenden müssen. Eines aber tut besonders not, nämlich daß unser Wirken in der Oeffentlichkeit bekannt wird. Ohne Oeffentlichkeit ist heutzutage nichts mehr zu machen. Diesbezüglich können wir von den Lehrern lernen, die jährlich für ihr Korrespondenzblatt 4000 Mark ausgeben.

Der Jahresbericht wurde hierauf genehmigt, dann sprach Generalsuperintendent Zöllner (Münster) über das Thema: „Der Pfarrer und die christliche Liebestätigkeit". Er führte aus, daß der Pfarrer sich bemühen solle, aus den Worten Gottes die Wege zu erkennen, die Gott mit der ganzen Menschheit und den einzelnen zu seinem Heile geht, und danach streben muß, zeigen zu können, was Glaube und Hoffnung ist, wie sie entstehen und wachsen. Damit war die Tagesordnung erschöpft, und die Beratungen des Pfarrertages wurden vom Vorsitzenden geschlossen. Der nächste Pfarrertag findet 1909 in Wiesbaden statt.

37. Deutscher Apotherkertag.

Darmstadt, 9. September.

Die 37. Hauptversammlung des Deutschen Apothekervereins beendete heute ihre Beratungen. Zu Beginn der Sitzung hielt Geheimer Hofrat Professor Städel (Darmstadt) den wissenschaftlichen Festvortrag über die Umbildung fester Stoffe.

Hierauf erstattete der Vorstand den Rechenschafts- und Kassenbericht.

Der nächste Punkt der Tagesordnung betraf die Reform des

Krankenversicherungsgesetzes.

Vorsitzender Dr. Salzmann gab in seinem Referat zu, daß di Krankenversicherung den Bezug der Arzneimittel ausgebreitet habe aber dafür habe die Krankenversicherung auch großen Schaden für die Apotheker mit sich gebracht, vor allem langen Kredit, hohe Rabatte, die Möglichkeit von Boykotten. Für die Reform des Krankenversicherungsgesetzes sei zu verlangen, daß, wenn alle Apothekter an einem Ort oder doch die große Mehrzahl gleich günstige Bedingungen gewährten, den Kranken die freie Wahl der Apotheke überlassen bleiben müsse. Dieser Forderung wurde in der Diskussion allgemein zugestimmt. Besonders getadelt wurde das rigorose Vorgehen der rheinisch-westfälischen Betriebskrankenkassen gegen die Apotheker.

Ueber den vorläufigen Entwurf eines Gesetzes betreffend die Ausübung der Heilkunde durch nicht approbierte Personen und den

Geheimmittelverkehr

sprach Dr. Beball (München): Die von der Regierung beabsichtigten Maßregeln gegen die Kurpfuscherei berühren die Interessen der Apotheker nicht weniger als die Maßregeln gegen den Geheimmittelschwindel. Wie die Behandlung der Kranken die Existenz des Arztes bildet, so ist die ordnungsmäßige Abgabe der erforderlichen Medikamente der Grundstein, auf dem sich die Existenz des Apothekers aufbaut. Von ganz besonderer Bedeutung ist § 3, der den Kurpfuschern 1. die Fernbehandlung von Menschen und Tieren verbietet, 2. ihnen untersagt, Tripper, Schanker und Syphilis, natürlich auch deren Folgezustände, die bei letzterer Krankheit an anderen Organen auftreten und deshalb schwieriger zu erkennen sind, zu behandeln. 3. Betäubungsmittel anzuwenden, 4. mit Hypnose zu kurieren und 5. mittels mystischer Verfahren zu kurieren. Hier muß noch eingefügt werden die Behandlung an gemeingefährlichen Krankheiten und solchen übertragbaren Krankheiten, bezüglich deren durch Landesgesetz eine Anzeigepflicht eingeführt ist. Der Gesetzentwurf geht hier wie sonst noch mehrfach nicht weit genug. Ueberall ertönt der Ruf, die Tuberkulose zu bekämpfen, und nun überläßt man es der nicht approbierten Person des Kurpfuschers, die schwierige Diagnose zu stellen, ob Tuberkulose vorliegt, und ermöglicht es, daß diese gefährlichste aller Seuchen immer weitere Opfer fordert. Ebenso ist es mit dem Krebs. Bei rechtzeitiger Erkennung kann man durch eine Operation den Kranken noch retten; der Kurpfuscher pflastert und schmiert aber an dem armen Kranken so lange herum, bis die kostbare Zeit versäumt ist und auch eine Operation nichts mehr helfen kann. — Auch die so beliebte Behandlung von Frauenkrankheiten und Menstruationsbeschwerden, häufig nur eine verkappte und vom Publikum auch so aufgefaßte Anwendung von Abortivmitteln, soll strengstens untersagt werden. — Ebenso wäre die Suggestion neben der Behandlung durch Hypnose zu verbieten, da unkundige Hände damit großen Schaden anrichten können.

Die Forderungen des Referenten fanden allgemeine Zustimmung. Eine Resolution, die einstimmige Annahme fand, begrüßt den Entwurf dieses Gesetzes mit Genugtuung und bittet die Regierungen, die in dem Referat niedergelegten Gedankengänge zur weiteren Verbesserung des Gesetzes zu benutzen.

Nach Erledigung einiger weiterer Anträge ohne allgemeines Interesse wurde der Verbandstag geschlossen.

Kulturbestrebungen der deutschen Gewerkvereine.

Wir sind der Ueberzeugung, daß die Arbeiterfrage nicht nur eine Magenfrage ist, sondern weit mehr von großen Zeitidealen getragen wird, deren Weckung in jedem Arbeiter erste Pflicht der Organisation ist.

„Prinzipielle Leitsätze der Gewerkvereine."

Getreu dem Grundsatze, daß die kulturelle Hebung des Arbeiterstandes die Aufgabe der Arbeiter selbst sein muß, haben die deutschen Gewerkvereine stets besonderen Wert auf die Bildung und Schulung der Mitglieder gelegt. Dies ist denn auch allgemein anerkannt worden. Schrieb doch Carring: „Die deutsche Gewerkschaftsbewegung" (Türmer — Jahrbuch 1905) Seite 292 folgendes darüber: „In Aufwendungen für Bildungszwecke haben die deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Duncker) die meisten Gewerkschaften sogar weit übertroffen." Würden sich die Arbeiterorganisationen nur darauf beschränken, für kürzere Arbeitszeit und Lohnerhöhung einzutreten, dann würde die Bewegung in ihrer Gesamtheit in ein paar Jahren überlebt und ausgestorben sein.

Der moderne Arbeiter will mehr; die Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung allein befriedigt ihn nicht. Der Arbeiter will teilnehmen an den Geistesströmungen der Gegenwart. Sein ganzes Sehnen ist darauf gerichtet, als wirklich gleichberechtigter Staatsbürger nicht nur angesehen zu werden, sondern auch als solcher behandelt zu werden. Deshalb „der Bildungshunger der Massen", wie Professor Paulsen sagt.

Aus diesem Grunde allein schon müssen die Arbeiterorganisationen ihre Bildungsbestrebungen stets auf der Höhe der Zeit halten. Es kommt jedoch noch ein wesentlich anderer Grund hinzu. Das ist die heutige Arbeitsteilung in den Betrieben. Man denke nur an die Schraubendreher, die Nagelklopfer, die Feilenhauer usw. In der Tackschen Schuhfabrik in Burg bei Magdeburg wandern ein paar Schuhe bis zur Fertigstellung durch die Hände von 42 Arbeitern. Beispiele dieser Art lassen sich in fast allen Berufen nachweisen. Und alle Anzeichen weisen darauf hin, daß dies in Zukunft noch viel mehr der Fall sein wird.

Von einem galanten Hofe.

Ein Blatt aus der englischen Geschichte.

Kein englischer König hat sich das Regieren so leicht gemacht wie Karl II., der Sohn des hingerichteten Karls I. Von dem Tage an, da er, dank der Restauration, den Thron seiner Väter besteigen konnte (Mitte Mai 1660), schien er keinen anderen Zweck zu kennen, als den, sich durch maßlosen Lebensgenuß für die Entbehrungen der Verbannungsjahre so reichlich wie möglich zu entschädigen. In einem soeben erschienenen französischen Buche „La cour galante de Charles II." — von Albert Savine (Paris, Michaud) — spiegelt sich die Maitressen- und Günstlingswirtschaft wider, die am Hofe des „lustigen" Monarchen ohne Scham ihr Wesen treiben durfte. In Whitehall wurde nicht, wie in Versailles unter Ludwig XIV., der äußere Anstand gewahrt: die Geliebten des Königs, die an Verschwendungssucht und Keckheit in ihrem öffentlichen Auftreten miteinander wetteiferten, bewohnten im königlichen Schlosse glänzendere Gemächer als die vernachlässigte Königin Katharina von Braganza, die sich die Maitressen ihres Gemahls als „Ehrendamen" gefallen lassen mußte, wie sehr sie sich anfangs auch dagegen sträubte.

Orgien, bei denen die gute Sitte fast immer zu kurz kam, gehörten zur Tagesordnung; der König selbst hielt es nicht für unter seiner Würde, sich mit seinen Günstlingen zu betrinken und öffentlichen Unfug zu treiben. Den Regierungsgeschäften ging er so viel aus dem Wege, wie es irgendwie mit seiner Stellung zu vereinbaren war. Eines Tages erschien Thomas Killegrew, einer von seinen Zechgenossen, vor ihm im Gewand eines Pilgers. „Wohin soll die Reise gehen?" fragte der König. — „In die Hölle," entgegnete der verkleidete Höfling. „Ich will den Teufel bitten, er möge uns Oliver Cromwell senden, damit dieser wieder die Leitung der Angelegenheiten Englands übernehme, denn sein Nachfolger scheint immer mit anderen Dingen beschäftigt zu sein als mit denen des Staates." Karl II. lachte über den guten Einfall seines Günstlings, dem er wegen seiner Offenherzigkeit nicht im geringsten zürnte, aber es lag ihm auch nichts ferner, als aus dem bitteren Scherz eine ernste Lehre zu ziehen. Einst fragte er die Schauspielerin Nelly Gwynn, die sich seiner Gunst rühmen konnte, obwohl an ihrem öffentlichen Ruf kaum noch etwas zu verderben war, was er tun solle, um seine Untertanen zu beschwichtigen, die hinter ihm herkrakeelten, als ob sie verrückt geworden seien. Angeblich antwortete die Holde in einem Anflug von wohlgemeinter Aufrichtigkeit, oder aus selbstsüchtigen Beweggründen, um ihre höher gestellten Nebenbuhlerinnen unschädlich zu machen: er möge allen Damen seiner Umgebung den Laufpaß geben und sich nur noch den Angelegenheiten seines Reiches widmen.

In der Stadt sang man allerorten ein Spottlied auf den König, in welchem der wenig respektvolle Beiname, den man ihm im Volke gegeben hatte, „Old Rowley", vorkam. Als nun der Monarch eines Tages den Wandelgang entlang schritt, auf dem er aus seinen Gemächern durch eine geheime Tür zu denen der Hoffräulein gelangen konnte, blieb er plötzlich stehen. Aus dem Zimmer, das eine Miß Howard bewohnte, klang ihm mit lauter und heller Stimme das auf ihn gemünzte und ihm wohlbekannte Lied entgegen. Er klopfte an die Tür und antwortete auf die Frage, wer dort sei: „Es ist nur der alte Rowley." Es kam dem Könige gar nicht darauf an, vor aller Welt, auch in Gegenwart seiner offiziellen Geliebten, verführerische junge Hofdamen nach Herzenslust förmlich abzuküssen. Dafür war er aber auch der nachsichtigste Liebhaber, den man sich nur denken konnte, denn er drückte ein Auge oder gar beide zu, wenn eine von seinen Freundinnen sich ihm gegenüber Treulosigkeit zuschulden kommen ließ.

Unter den Kunstgegenständen, die zu jener Zeit die Prunkgemächer Whitehalls schmückten, erregte ein vom Kurfürsten von Brandenburg geschenkter Schrank aus Elfenbein, dessen Wert auf viertausend Pfund Sterling eingeschätzt wurde, die Bewunderung Evelyns, des Verfassers eines ebenso fesselnden wie belehrenden Tagebuches aus jenem Zeitabschnitte der englischen Geschichte. Das kunstvolle Schnitzwerk an dem in seiner Art unvergleichlichen Gegenstand, den eine der Geliebten des Königs für ihre Gemächer als Schaustück beansprucht und erhalten hatte, erregte seine höchste Bewunderung. Als guter Höfling folgte Evelyn eines Morgens dem König zur Toilette der Herzogin von Portsmouth. Es war ein sehr zwangloser Besuch. Die Herzogin ließ sich gerade von ihrer Kammerzofe das Haar kämmen, das Erscheinen des Monarchen und seines Gefolges störte sie dabei nicht im geringsten. Evelyn aber benutzte die günstige Gelegenheit, um sich in dem Gemach gründlich umzusehen. Die herrlichsten französischen Gobelins mit Darstellungen der Schlösser von Versailles und St. Germain, von Jagdszenen und Landschaften bekleideten die Wände. Die Ausstattung war über die Maßen kostbar: Vasen, Wandleuchter, Kandelaber und Kamingeräte bestanden aus massivem, kunstvoll gearbeitetem Silber. Mit ihrem ursprünglichen Namen hieß die Herzogin, eine Französin von Geburt, Louise de Keroualle. Sie besorgte am Hofe ihres Liebhabers im Auftrage Ludwigs XIV. dessen Geschäfte, was ihr um so leichter wurde, als Karl II. sich nicht scheute, von seinem „guten Bruder" in Versailles Jahresgelder anzunehmen (was auch deutsche Fürsten taten. Red.), die ihm für seinen verschwenderischen Hofhalt sehr willkommen waren.

Das lustige Leben in Whitehall währte fast bis zu seinem Tode. Karl II. zählte erst fünfundzwanzig Jahre, als er aus seiner ruhmlosen Regierung und seinem ausschweifenden Leben abberufen wurde. Der 6. Februar 1685 war sein Todestag. „Das Morgenlicht suchte durch die hohen Fenster Whitehalls Eingang," schreibt Macaulay in seiner Schilderung der letzten Stunden des Monarchen, der seine Umgebung bat, die Vorhänge zurückzuschlagen, damit er sich noch einmal am Tageslicht erfreuen könnte. Er selbst gab sich keiner Täuschung darüber hin, daß seine Stunden gezählt seien. Mit der ihm eigenen Höflichkeit, die ihn im persönlichen Umgang mit jedermann so liebenswürdig machte, bat er diejenigen, die sein Sterbelager umstanden, um Entschuldigung, daß er so lange Zeit zum Sterben gebrauche und ihnen deshalb so große Unbequemlichkeiten verursache. Kurz bevor er das Bewußtsein verlor, sagte er zu seinem Bruder und Nachfolger: „Laß die arme Nelly nicht verhungern."

Karl Witte.

Haben die Pflanzen Augen?

Aus Dublin wird berichtet: Die von Francis Darwin, dem Präsidenten der „British Association" begründete Hypothese, wonach die Pflanzen denken und gewisse Eigenschaften entwickeln können, erfährt jetzt eine neue Stütze in den Untersuchungen Professor Wagers, aus denen hervorgehen soll, daß die Pflanzen sehen können. Er zeigte, daß die äußere Haut vieler Blätter in der Tat Linsen gleicht, die nahe verwandt den Sehorganen vieler Insekten und durchaus imstande sind, ein klares Bild der Umgebung aufzunehmen. Die Linsen sind zum Teil so entwickelt und nehmen die einfallenden Lichter so genau auf, daß mit ihrer Hilfe sogar photographische Aufnahmen hergestellt werden können. Der Forscher legte eine Anzahl Photographien vor, die durch ihre Schärfe und Genauigkeit überraschten. Diese Pflanzenaugen sehen nicht nur sehr gut, sondern führen auch die aufgenommenen Lichtstrahlen durch Spiegelung zum „Gehirn" der Pflanze und bewirken so Bewegungen. Der Wissenschaft ist es längst bekannt, daß gewisse Blätter sich bewegen und so stellen, daß sie die größten Licht- und Sonnenmengen erreichen. Professor Wager glaubt in seinen Untersuchungen die Erklärung für diese Bewegung gefunden zu haben, die sich in nichts von den Bewegungen der Tiere unterscheidet. Eine genaue Untersuchung der pflanzlichen Sehwerkzeuge lehrt, daß die Gesichtsorgane außerordentlich hoch entwickelt sind.

Den siebzigsten Geburtstag feiert am Sonnabend der Berliner Astronom Geheimer Oberregierungsrat Professor Dr. Arthur Auwers, Kanzler der Friedensklasse des Ordens pour le mérite und beständiger Sekretär der Akademie der Wissenschaften für die physikalisch-mathematische Klasse. Auwers ist am 12. September 1838 zu Göttingen geboren. Nach siebenjähriger Tätigkeit als Assistent an den Sternwarten zu Königsberg und Gotha wurde er 1866 als Mitglied der Akademie der Wissenschaften und als akademischer Astronom nach Berlin berufen; beständiger Sekretär ist er seit gerade dreißig Jahren. In seinen Untersuchungen über veränderliche Eigenbewegungen der Fixsterne

Es ist begreiflich, daß diese verkümmerte einseitige Arbeitsleistung geistötend wirken muß. Die Wirkung ist, daß das Persönlichkeitsgefühl mehr und mehr untergraben wird. Der Wirkungskreis des einzelnen ist so gering, daß der Blick mehr und mehr für höhere Ideale getrübt wird. Die Folge ist dann vielfach, daß der Alkoholgenuß und die Sinnlichkeit die Oberhand gewinnen. Hier ist das Hauptgebiet, wo die Bildungsbestrebungen ihre Wirkung ausüben können.

Welches sind nun die Bildungsbestrebungen der Gewerkvereine? Da hat fast jeder Gewerkverein sein Fachblatt, das den Mitgliedern umsonst zugestellt wird. Durch die Fachpresse werden die Mitglieder über die Arbeiterbewegung des In- und Auslandes unterrichtet. Ferner bringt die Fachpresse Artikel sozialpolitischen und volkswirtschaftlichen Inhalts sowie Nachrichten aus der Gewerkvereinsbewegung. Außer der Fachpresse haben sämtliche Ortsvereine (auch solche in den kleinsten Orten) Bibliotheken, die den Mitgliedern und ihren Angehörigen kostenlos zur Verfügung stehen. So mancher Bücherfreund hat seine helle Freude, wenn er die Kataloge der verschiedenen Ortsvereinsbibliotheken in Berlin durchsieht. Es gibt fast Gebiet der Geistes- und Naturwissenschaft, aus dem nicht Bücher älteren und neueren Datums vorhanden sind. Am meisten sieht man auf volkswirtschaftliche Bücher. Und das ist gut so, denn sind die Bibliotheken der freien Gewerkschaften auch durch die Anzahl ihrer Bücher den Gewerkvereinen überlegen, so sind die Gewerkschaftsbibliotheken doch sehr einseitig zusammengesetzt, indem sie in überwiegender Mehrzahl nur sozialdemokratischer Tendenz sind. Einseitige Bildung aber führt zur Halbbildung. Daß auch in den Gewerkvereinsbibliotheken für Geist und Gemüt der Frauen gesorgt ist, versteht sich von selbst. In den Ortsvereinsversammlungen werden fast ständig Vorträge gehalten. Nur ist zu wünschen, daß die kleineren Ortsvereine mehr als bisher ihre Versammlungen durch Vorträge interessant gestalten, denn dem Vortragenden kommt es nicht ausschließlich auf den Besuch an, sondern die Hauptsache ist, daß seine Ideen einen fruchtbaren Boden finden.

Dann haben die Gewerkvereine seit einigen Jahren fast in allen größeren Orten Deutschlands „Volkswirtschaftsschulen" gegründet, in den Gewerkvereinskreisen „Diskutierklubs" genannt, weil hier der Ort für freie Redeübungen ist. In diesen Volkswirtschaftsschulen werden alle aktuellen Tagesfragen behandelt. Außerdem finden sogenannte Reihenvorträge statt. Zurzeit werden hier in Berlin sechs Reihenvorträge gehalten, über Geschichte, Wesen und Bedeutung der Sondergerichte (Gewerbegerichte), Innungsschiedsgerichte und Kaufmannsgerichte). Diese Vorträge finden jeden Freitag Abend 8½ Uhr Waldstraße 53 statt.

Außer der gründlichen Belehrung haben diese Schulen den Zweck, den Mitgliedern die Kunst der freien Rede beizubringen. Es wird deshalb die Diskussionsrede besonders geübt. Auch finden von Zeit zu Zeit Vorträge solcher Diskussionsschüler statt. So mancher Arbeiter hat an solchen Abenden zuerst den Wert der freien Rede begriffen. Durch regelmäßigen Besuch solcher Abende sind viele Gewerkvereinler in die Lage versetzt, ihrer Meinung überall im öffentlichen Leben durch die Macht der Rede Ausdruck zu geben. Im Winterhalbjahr 1907/08 wurden die in Berlin veranstaltenden Abende insgesamt von 2000 Arbeitern besucht. So mancher junge Gewerkvereinler, der in Berlin fremd ist, findet hier jede Woche einen Abend, wo er sich Anregung und Belehrung in Gesellschaft gleichgesinnter Berufsgenossen holen kann. Jedoch wollen wir hier besonders betonen, daß auch die älteren Gewerkvereinler sich mehr an diesen Abenden beteiligen möchten; denn die Erfahrungen der Aelteren und der strebsame Geist der Jugendlichen vereint, dürften manche gute Frucht zeitigen. Auch diese Einrichtung ist vollständig kostenlos. Gäste sind stets willkommen.

In Berlin finden folgende Sitzungen statt: Jeden Dienstag Abend SO., Pückler straße 20; jeden Mittwoch Abend NO., Greifswalderstraße 222; jeden Freitag Abend NW., Waldstraße 53. Anfang pünktlich 8½ Uhr.

Außerdem findet jeden Monat im Norden ein Vortragsabend statt; Brunnenstraße 119.

Man ersieht aus all diesen Veranstaltungen, daß die Gewerkvereine ihr Schwergewicht auf die Massenbildung legen. Wohl verkennen sie die Vorteile von Unterrichtskursen durchaus nicht, jedoch kann an solchen Kursen immer nur ein Teil der Mitglieder teilnehmen. Dann sind andererseits gerade in letzter Zeit die Erfolge derartiger Kurse im Verhältnis zu den Kosten angezweifelt worden. Die München-Gladbacher Kurse der christlichen Gewerkschaften und des Volksvereins für das katholische Deutschland sind schon längst unter dem Namen „Dressuranstalten" bekannt. Auch die Parteischule der Sozialdemokratie wird von einem Teil der Genossen als eine Drillanstalt hingestellt. Mögen derartige Urteile auch übertrieben sein, so kann man doch sagen, daß, wenn die Mittel eines Unterrichtskursus für die Massenbildung angewendet werden, sie viel mehr geistiges Kapital bringen als umgekehrt. Der Verfasser dieser Darstellung hat zwei Kurse durchgemacht, einen Gewerkvereinskursus und einen parteipolitischen Kursus; keiner der Kurse hat nach seinen Wahrnehmungen bei den Besuchern den Erfolg gehabt, den sich die Veranstalter davon versprachen. Für die Weiterbildung der Arbeiterführer mögen solche Kurse ganz gut, ja von Zeit zu Zeit notwendig sein, doch darf die Massenbildung nicht vernachlässigt werden. Denn es ist immer ein ungesundes Verhältnis, wenn der Bildungsunterschied zwischen Führern und Geführten zu groß ist.

Die Führer können unter solchen Verhältnissen die Mitglieder wohl leichter „regieren", aber das Mißtrauen der Mitglieder wird immer vorhanden sein. Auch die Vorkommnisse bei der Rieterbewegung in Stettin („Vulkan") sind die Ursachen solchen Mißtrauens. Verhältnisse dieser Art bestehen bei den Gewerkvereinen nicht, denn der Bildungsgrad ist hier zwischen Führern und Mitgliedern verschwindend gering. Dies hat nach dem Urteil eines bekannten Sozialpolitikers noch besonderen Wert. Als einmal ein Sozialpolitiker einem Gewerkvereinsführer fragte, welcher Arbeiterorganisation wohl die Zukunft gehöre, antwortete dieser: derjenigen Organisation, die die Interessen der Arbeiter am besten vertritt. Da erklärte der Sozialpolitiker, die Antwort sei nicht ganz richtig, denn nur derjenigen Organisation, in deren Reihen die größte Intelligenz herrscht (ganz gleich ob Hirsch-Dunckersche, christliche oder sozialdemokratische), gehört die Zukunft.

Daß die Bildungsbestrebungen der Gewerkvereine eine kulturelle Bedeutung erlangt haben, bestätigt kein Geringerer als der vor kurzem für das deutsche Bildungswesen viel zu früh verstorbene Professor Dr. Friedrich Paulsen („Das deutsche Bildungswesen" Seite 188).

Dies Urteil eines Berufenen über die Bildungsbestrebungen der Arbeiterbewegung trifft insbesondere auf die Gewerkvereine zu. Nur haben es die Gewerkvereine bisher nicht verstanden, ihre Einrichtungen in der breitesten Oeffentlichkeit populär zu machen. Will man in Zukunft dies mehr als bisher tun, so bedarf man hierbei in erster Linie der Unterstützung der Tagespresse. Auf dem Gebiete der Tagespresse können die Mitglieder selbst viel, sehr viel tun.

Es wäre erfreulich, wenn immer mehr Arbeiter an den Bildungsbestrebungen der Gewerkvereine teilnehmen würden, damit ein Wort Fichtes in Erfüllung ginge:

„Der Mensch soll arbeiten, aber nicht wie ein Lasttier, das unter seiner Bürde in den Schlaf sinkt und nach der nothdürftigsten Erholung zum Tragen derselben Bürde wieder aufgeführt wird. Er soll angstlos, mit Lust und Freudigkeit arbeiten und Zeit übrig behalten, seinen Geist und sein Auge zum Himmel zu erheben, zu dessen Anblick er gebildet ist."

Die Bildung bringt uns Freiheit und Freude am Beruf.

Rudolf Wolter.

* * *

Gern haben wir diese Darlegungen veröffentlicht. Es liegt im Interesse der Gewerkvereine, daß sie möglichst viel in Arbeiterkreisen gelesen werden. Darum möge jeder Gewerkvereiner diese Nummer der „Berliner Volks-Zeitung", nachdem er sie gelesen, an Arbeitsgenossen weitergeben, die noch nicht Gewerkvereiner und noch nicht Leser unseres Blattes sind. Da die „Volks-Zeitung" am meisten von allen politischen Tagesblättern die Gewerkvereine in ihren Bestrebungen unterstützt, so dienen die Gewerkvereiner ihrer eigenen Organisation, wenn sie für die immer weitere Verbreitung unseres Blattes wirken. Adressen zur Uebermittelung von Probenummern nimmt die Expedition unseres Blattes stets entgegen.

Lokales.

Der älteste Zirkus in Berlin.

Das Zirkusleben beginnt wieder. Es steht außer Zweifel, daß es die volkstümlichsten „Kunstinstitute" in Berlin sind, die beiden Arenen von Schumann und Busch. Im Zirkus muß jeder echte Berliner mindestens einmal in der Saison gewesen sein.

Man glaubte in Berlin immer, daß die berühmte Zirkusdynastie Renz den ersten Zirkus in Berlin begründet habe. Dies ist durchaus falsch. Der älteste Zirkus in Berlin ist im Jahre 1693 vom damaligen Kurprinzen von Brandenburg, späteren König Friedrich I. erbaut worden, und zwar an der Stelle der Stadtmauer, wo später das Kadettenhaus stand. Auch dieser Zirkus war amphitheatralisch gebaut, und wenn man heute dem Zirkus häufig den Vorwurf macht, er läge es durch Vorführung tollkühner Kunststücke lediglich auf den Nervenkitzel der Zuschauer an, so soll man nur nicht die „alte, gute Zeit" dagegen ins Feld führen. Sie verstand auch recht brav, die Nerven gründlich zu reizen. Der Kurprinz bot den Berlinern ein im höchsten Grade aufregendes „Vergnügen", wie es die moderne Zeit nicht mehr kennt. Das waren die Tierhetzen, die damals an einzelnen Höfen eine große Rolle spielten und auch nach Berlin verpflanzt wurden.

Für diese Tierhetzen ließ der Kurprinz den Zirkus bauen, in dem sie unter dem fürchterlichen Gejohle des Volkes vor sich gingen. Die Zuschauer saßen in dichten Scharen bis unter die Decke des Gebäudes. Der Oberjägermeister v. Bennewitz mußte die Tiere aus aller Welt mit Aufwand ungeheurer Kosten herbeischaffen: Löwen, Bären, Wölfe, Auerochsen usw., die in Käfigen unterhalb des Theaters aufbewahrt wurden. Das Volk saß auf den Bänken, der Hof nahm in verdeckten Logen Platz. Man konnte sich in den Zirkus Nero versetzt glauben, wenn die Käfige geöffnet wurden, die wilden Bestien aufeinander losstürzten und sich unter einem Gebrüll, unter dem der Zirkus erdröhnte, zerfleischten. Noch bei Gelegenheit des Einzuges seiner dritten Gattin, Sophie Luise von Mecklenburg, veranstaltete der König eine solche Tierhetze, und die junge Königin erlegte unter dem Jubel der Berliner aus ihrer Loge mit einem gezogenen Rohr einen Auerochsen.

---

hat Auwers die Bahnen der unsichtbaren Begleiter von Sirius und Procyon berechnet. Die Astronomische Gesellschaft betraute ihn mit der Leitung des Zonenunternehmens: So bearbeitete er die Fundamentalkataloge für die Zonenbeobachtungen am nördlichen und südlichen Himmel und beobachtete selbst die Zone von 15 bis 20 Grad nördlicher Deklination am Meridiankreis der Berliner Sternwarte. Ein weiterer Hauptteil seiner Arbeiten knüpft sich an die beiden Venusdurchgänge des 19. Jahrhunderts. Auwers leitete die Vorbereitungen zu diesen Expeditionen und beobachtete 1874 als Vorsitzender der deutschen Kommission den Venusdurchgang in Lugor, 1882 in Punta Arenas. Auch die Berichte über diese Beobachtungen hat er in einer Zahl von Bänden bearbeitet. Hiermit stehen ferner seine Untersuchungen über den Sonnendurchmesser in Zusammenhang. Auwers wirkte auch bei der Einrichtung des astrophysikalischen Observatoriums in Potsdam mit und war von 1876—1882 Vorsitzender des Direktoriums. Kanzler der Friedensklasse des Ordens pour le mérite wurde er als Nachfolger Adolf Menzels.

In der Unterrichtsanstalt des Kunstgewerbemuseums beginnt das Winterhalbjahr 1908/09 am 15. Oktober. Die Anmeldungen werden in der Unterrichtsanstalt Prinz Albrechtstraße 8 — Zimmer 68, Vorderhaus 1 Treppe — in der Zeit vom 21. bis 30. September während der Stunden von 9 bis 2 Uhr entgegengenommen. Ebenda werden vom 21. September ab die Lehrpläne ausgegeben. Bei der Anmeldung sind von den Bewerbern Arbeiten vorzulegen, die ein Urteil über ihre Befähigung und über Art und Umfang der bisher genossenen Vorbildung gestatten. Die Aufnahmeprüfungen, von deren Ergebnis die zunächst probeweise Aufnahme abhängt, finden vom 5. bis 10. Oktober statt.

Wissenschaftliche Nachrichten. Ein Telegramm aus Stuttgart berichtet: Die Professur für physiologische Chemie an der Universität Tübingen wurde, wie der „Staatsanzeiger" meldet, dem Professor an der Universität Berlin Geh. Medizinalrat Thierfelder übertragen.

Theaterchronik. Im Neuen Schauspielhaus findet heute die erste Vorstellung zu volkstümlich ermäßigten Preisen statt. Zur Aufführung gelangen zum ersten Male das Lustspiel „Durchs Ohr" von Wilhelm Jordan, in Szene gesetzt von Ernst Welisch, und der Einakter „Blau" von Max Bernstein, inszeniert von Fritz Krempien. An der Darstellung sind die Damen Göricke, Maren und die Herren Höbling, Kaiser-Titz, Arndt, Götzner, Romberg beteiligt.

Im Deutschen Theater gelangt am Mittwoch, 16. d. M. Shakespeares „König Lear" zur ersten Aufführung. Die Besetzung ist folgende: König Lear — Rudolf Schildkraut, König von Frankreich — Bernhard v. Jacobi, Herzog von Burgund — August Mondier, Herzog von Cornwall — Ludwig Hartau, Herzog von Albanien — George Henrich, Graf von Gloster — Paul Wegener, Edgar — Harry Walden, Edmund — Oskar Beregi, Graf von Kent — Eduard v. Winterstein, Narr — Alexander Moissi, Oswald — Friedrich Kühne, Regan — Helene Fehdmer, Goneril — Hilma Schlüter, Cordelia — Lucie Höflich. Die Vorstellung beginnt um 7 Uhr.

In den Kammerspielen des Deutschen Theaters gelangt Montag, 14. d. M. Terakoya, Trauerspiel in einem Akte nach Takeda Izumo, bearbeitet von Wolfgang v. Gersdorff zur Aufführung. Vorher wird das einaktige Drama „Kanika" von Wolfgang v. Gersdorff gespielt. Die Dekorationen und Kostüme für beide Stücke sind nach Entwürfen von Ernst Stern ausgeführt.

Aus der Musikwelt. Der Philharmonische Chor (Dirigent Professor Siegfried Ochs) eröffnet seine Tätigkeit im kommenden Winter am Donnerstag, 17. September. Im ersten Konzert gelangt Beethovens „Missa solemnis" zur Aufführung. — Richard Strauß wird, wie man aus Osnabrück schreibt, auf einem am 22. und 23. Oktober dort stattfindenden Musikfest sein „Heldenleben" und „Till Eulenspiegel" selbst dirigieren. — In den Abonnementabenden des Philharmonischen Trios hat an Stelle des aus Berlin geschiedenen Herrn Malkin Fritz Reitz den Violoncellopart übernommen.

„O, du lieber Augustin!"

Das berühmte Lied, so schreibt der „Frankf. Ztg." ein Leser im Anschluß an die auch von uns gebrachten Mitteilungen über seinen Verfasser, hat auch in Deutschland seine Geschichte; es ist mit einigen Varianten auf einen mächtigen Namensvetter und Zeitgenossen des Wiener Bänkelsängers angewendet worden, nämlich auf Friedrich August, Kurfürsten von Sachsen und König von Polen, genannt August der Starke. In dem Buche „August der Starke, sein Leben und Lieben nach Eduard Vehse unter gleichzeitiger Berücksichtigung älterer und neuerer Literatur kurz zusammengefaßt von Ernst Arnold" wird auf Seite 72/73 folgendes darüber erzählt:

„Das Theatrum Europaeum hat ausgerechnet, daß August der Starke, um die polnische Krone zu behaupten, aus Sachsen 28 Millionen Taler, gegen 40.000 Mann Truppen, die nicht wieder kamen, und 800 Kanonen, die auch nicht wieder kamen, entnommen habe. Schon die Kosten der Erwerbung des Thrones beliefen sich auf 11 Millionen Taler. Etwa 1704, vielleicht auch schon früher erschien eine Spottmünze, worauf ein Bauer ein Mädchen im Schubkarren fährt, mit der Umschrift: „Ich fahre Sachsen nach Polen." Als bald darauf August die polnische Krone fahren lassen mußte, dichtete der Volksmund folgendes Spottlied, das sich bis auf die Gegenwart wenigstens bruchstückweise erhalten hat:

„O, du lieber Augustin,
alles ist hin!
Ach, du lieber Augustin,
alles ist weg!
Sachsen ist weg,
Polen ist weg,
August liegt im Dreck,
Ach, du lieber Augustin,
alles ist weg,
alles ist hin!"

Cholera-verdächtige Gänse.

In Stargard in Pommern wurden gestern, wie von dort gemeldet wird, tausend Stück russische Gänse als cholera-verdächtig angehalten. Der Transport soll zur Untersuchung nach Berlin geschickt werden. — Die Gänsesendungen, die für Berlin und Umgegend bestimmt sind, kommen nach dem Magerviehhof in Friedrichsfelde. Bis zum gestrigen Nachmittag war der Direktion des Magerviehhofes aber noch keine Meldung über den cholera-verdächtigen Transport Stargarder Gänse zugegangen. Fünf Tierärzte üben die Aufsicht auf dem Magerviehhof aus. Alle Sendungen werden untersucht. Ergeben sich irgendwelche Verdachtsmomente, so kommen die fraglichen Gänse nach dem sogenannten „Seuchenhof". Hier bleiben die Tiere gewöhnlich vierzehn Tage. Stellt sich dann bei einer neuen Untersuchung heraus, daß der Transport wieder gesund ist, so wird er von der Veterinärpolizei freigegeben. Auf dem Magerviehhof treffen schon jetzt im Durchschnitt täglich 35 Wagen mit Gänsen ein. Jeder einzelne Wagen ist plombiert.

Die Beisetzung Theodor Duimchens fand am Mittwoch Abend in aller Stille auf dem Neuen Matthäikirchhofe am Priesterweg zu Schöneberg statt. Die Leiche war nach der amtlichen Freigabe vom Leichenschauhause direkt nach dem Friedhofe transportiert worden. Eine Trauerfeier wurde nicht abgehalten; der Verdiegung wohnte kein Geistlicher bei. Es ist anzunehmen, daß die Sammlung des Invalidendanks der Errichtung eines Grabdenkmals dienen soll.

Kleine Notizen. Der Magistratsrat Milbradt, der seit fast 25 Jahren der Berliner Armenverwaltung angehört, ist am letzten Mittwoch gestorben. Die Beerdigung soll am Sonnabend Nachmittag 5 Uhr auf dem Gemeindefriedhof in Oberschöneweide stattfinden. Bürgermeister Dr. Reicke hat einen Urlaub angetreten.

Der Selbstmord des Pelzwarenhändler Jungnick beschäftigt die Kriminalpolizei noch weiter. Es ist jetzt ein Sachwalter eingesetzt worden, der den Stand des Geschäftes untersucht. Jungnick war nicht selbst Inhaber der Handlung, sondern verkaufte im Auftrage der Großhandlung Jocka u. Komp. am Hackeschen Markt, die jetzt die in Kommission gegebenen Sachen zurückverlangt. Der Sachwalter hat bis jetzt festgestellt, daß für hunderttausend Mark Pelzwaren fehlen, darunter 50 Herrenpelze, 40 Stolas und Kragen, 15 Persianer- und Nerzjackets, viele Muffen und kleine Kragen. Bei dem Brande hätte Jungnick unter Umständen ein gutes Geschäft gemacht. Er selbst war gegen Feuer hoch versichert, dagegen war die Versicherung gegenüber denen, die ihm die Sachen zur Konservierung anvertraut hatten, nur gering. Den Unterschied hätte Jungnick, wenn alles verbrannt wäre, in seine Tasche gesteckt. Der Plan mißlang aber. Wo Jungnick das Geld gelassen hat, ist noch nicht bekannt geworden.

Der Verein für Körperkultur veranstaltet am Sonntag, 13. September in seinem Sportplatzbad Eichkamp ein Gymnastikfest verbunden mit einem öffentlichen Formenschönheitswettbewerb. Die sportlichen und turnerischen Vorführungen bestehen aus Freiübungen, Fußball, Wettbewerb, Speerwerfen, Vorgabe- und Staffettenlaufen, Hochbaum- und Freihochspringen, Fechten, Ringen, Boxen, Tanzieren, Reck- und Pferdturnen. Eintritt einschließlich Bad und Teilnahme am Schönheitswettbewerb 0.75 Mark. Beginn pünktlich 2½ Uhr.

Hundeausstellung. Zur 1. Bundesausstellung (Hunde aller Rassen) in Berlin am 19. und 20. September in der Brauerei Friedrichshain können Meldungen noch bis Montag, 14. September angenommen werden. Alle Sendungen und Meldungen sind an die Geschäftsstelle (Konditorei Karl Kraag, Berlin, Rosenthalerstraße 44) zu richten.

Handelsschulen für Mädchen. Die von der Korporation der Kaufmannschaft von Berlin unterhaltenen Handelsschulen für Mädchen in der Sophienschule, Weinmeisterstraße 16/17 und in der Dorotheenschule, Wilhelmshavenerstraße 25 beginnen das Wintersemester am 12. Oktober. Die Aufnahme findet in beiden Schulen am Montag, den 12. Oktober, nachmittags 4 Uhr statt.

Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung.

Sitzung vom 9. September.

Stadtverordnetenvorsteher Kaufmann eröffnet die Sitzung und teilt mit, daß er vom Oberbürgermeister Schustehrus aus Berchtesgaden einen Brief erhalten hat, wonach der Oberbürgermeister mitteilt, daß er hoffe, in einigen Wochen die Geschäfte der Stadt wieder übernehmen zu können, weil sein Gesundheitszustand sich bedeutend gebessert. Hierauf nahm die Versammlung Kenntnis von dem Ausscheiden der sozialdemokratischen Stadtverordneten Flemming und Scharnberg. Der Stadtverordnetenvorsteher teilte ferner mit, daß der Oberpräsident die tägliche Verzinsung der Sparkasseneinlagen genehmigt hat.

Der Rechtsschutzstelle für Frauen, Bismarckstraße 42 wurde eine wiederkehrende Beihilfe von 400 Mark bewilligt. Der auf das Rechnungsjahr 1908 entfallende Betrag soll dem Dispositionsfonds entnommen werden.

Für Straßenregulierungen vor dem städtischen Grundstücke Kaiserin Augusta-Allee 6 bewilligte das Kollegium den Betrag von 33.261 Mark.

Der Stiftung eines Ehrenwanderpreises im Werte von 145,50 Mark an den Charlottenburger Sportklub 1902 für die bereits abgehaltenen Wettspiele wird nachträglich zugestimmt; desgleichen bewilligte die Versammlung für die Drucklegung von Landtagswählerlisten den Betrag von 2168 Mark.

Ferner erklärte sich die Versammlung damit einverstanden, daß der Pachtvertrag nebst Nachtrag über die forstfiskalischen Pachtflächen für das Wasserwerk am Teufelsee vom 1. Oktober dieses Jahres ab verpflichtet, neben dem Pachtgelände jährlich zehn Prozent der Pachtsumme als Beitrag zu den öffentlichen Abgaben zu erstatten. Für den Bau der Gemeindedoppelschule in der Hallesstraße werden 1800 Mark nachbewilligt. Dem Abschlusse des Vertrages mit dem Magistrat in Wilmersdorf betreffend die Uebernahme der in Wilmersdorf notwendig werdenden bakteriologischen Untersuchungen, soweit sie nicht dem Staate obliegen, wird zugestimmt.

Mit der Neuschaffung der Stelle eines Stadtbauingenieurs erklärte sich die Versammlung einverstanden; ebenfalls wurden für Beschaffung eines Kartenregisters für die Steuerverwaltung 7360 Mark bewilligt. Die Magistratsvorlage betreffend Neuschaffung einer Stelle für einen Magistratsassessor wurde einem Ausschusse überwiesen.

Zur Unterstützung der zur Bekämpfung des Vagabundentums und der Bettelei in Groß-Berlin geschaffenen von Bodelschwingschen Kolonien bei Bernau forderte der Magistrat die Summe von 10,000 Mark.

Stadtverordneter Stadthagen beantragte, nur den Betrag von 5000 Mark zu bewilligen, weil die Stadt sehr große Armenlasten zu tragen habe.

Stadtv. Hirsch (soz.) sprach sich gegen die Vorlage aus, weil jede Kontrolle über die Verwendung des Geldes fehle und die Sache nicht richtig angelegt sei. Nachdem Bürgermeister Matting nochmals das Vorteilhafte der Bodelschwinghschen Anstalt klargelegt hatte, nahm die Versammlung die Magistratsvorlage an.

Für die

Zeppelin-Spende

fordert der Magistrat den Betrag von 6000 Mark.

Stadtverordneter Zietsch (soz.) führte aus, daß seine Freunde wohl dem „Erfinder" Zeppelin den Betrag bewilligen würden, der das Geld im Interesse des Friedens verwenden würde. Seitdem sich aber der Militarismus der Sache angenommen habe und die Nationalspende zu einer hurrapatriotischen Modesache geworden sei, lehne die Sozialdemokratie jede Unterstützung ab. Nachdem noch Stadtverordneter Frentzel für die Vorlage gesprochen hatte, wurden die geforderten 6000 Mark gegen die Stimmen der Sozialdemokraten bewilligt.

Zur Unterstützung der durch die Brandkatastrophe in Donaueschingen in Not geratenen Bürger bewilligte die Versammlung den Betrag von 3000 Mark, trotzdem der Magistrat nur 2000 Mark gefordert hatte.

Die Stadtverordneten Meyer (liberal) und Genossen hatten die Anfrage an den Magistrat gerichtet, was er etwa gegen die geplante

Einführung einer Gas- und Elektrizitätssteuer

zu tun gedenke.

Stadtverordneter Meyer führte aus, daß der Magistrat sofort Stellung nehmen müsse und nicht warten dürfe, bis die Angelegenheit sich zu einem Gesetzentwurf verdichtet habe. Dann ist ein Eingreifen nicht mehr möglich. Um die Sache schmackhaft zu machen, wird die Regierung die Steuer anfangs wahrscheinlich nur niedrig stellen, es wird aber nicht lange dauern, dann kommt eine Erhöhung. Die Stadt Charlottenburg würde jährlich mehrere Hunderttausende an Steuern ausgeben müssen. Der Stadtsäckel würde sehr belastet, und man könne heute noch gar nicht berechnen, wie schädlich die Steuer wirke. Bei einer Verstadtlichung der elektrischen Straßenbahn müsse die Stadt ebenfalls die Steuer tragen, denn die Tarife können unmöglich erhöht werden. Hinzu kommt, daß langfristige Verträge vorliegen, die den Gas- und Elektrizitätspreis mit den Konsumenten festgelegt haben. Stadtverordneter Meyer stellte dem Magistrat anheim, in welcher Weise er Stellung nehmen wolle, er empfahl, bei der Regierung vorstellig zu werden oder zwecks gemeinsamen Vorgehens sich mit anderen Städten in Verbindung zu setzen oder aber auf dem in nächster Zeit in Königsberg stattfindenden preußischen Städtetag zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Die Stadtverordnetenversammlung nahm den Antrag an.

Zu Vertretern der Stadtverordnetenversammlung auf dem preußischen Städtetag in Königsberg i. Pr. wurde der Stadtverordnetenvorsteher Kaufmann und der Vorsteherstellvertreter Dr. Hubatsch gewählt.

Kommunales.

Friedenau und Steglitz.

In der gestrigen Sitzung der Gemeindevertretung in Friedenau wurde die Anfrage der Gemeinde Steglitz, ob Friedenau geneigt sei, in Steglitz eingemeindet zu werden, mit großer Mehrheit abgelehnt. Der Gemeindevorsteher von Friedenau, Bürgermeister Schnackenburg teilte mit, daß es wohl auch für die Zukunft ausgeschlossen ist, daß Friedenau sich in Steglitz eingemeinden läßt. Bereits im Winter vorigen Jahres hatte sich die Gemeindevertretung mit der Frage der Eingemeindung wiederholt beschäftigt; damals wurde bereits beschlossen, die ganze Frage der Eingemeindung überhaupt zu vertagen, weil irgendeine Notwendigkeit nicht vorliegt. Sollte die Frage einer Eingemeindung einmal ernstlich zur Erörterung gelangen, so könnte als Eingemeindungsort nur Schöneberg in Frage kommen, weil Friedenau in seiner ganzen Bauart und Anlage viel besser zu Schöneberg paßt als zu Steglitz.

Gerichts-Zeitung.

Schutzmann und Kutscher.

Ein Rencontre zwischen einem Schutzmann und dem Kutscher des Landwirtschaftsministers v. Arnim, das sich anläßlich des Hofballes Unter den Linden ereignet hatte, beschäftigte gestern die 5. Ferienstrafkammer des Landgerichts I. Wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, tätlicher Beleidigung und Uebertretung der Straßenverkehrsordnung war der Postillon Wilhelm Hellmer angeklagt.

Am 29. Januar d. J. ereignete sich Unter den Linden in der Nähe des Schlosses ein Vorfall, der erhebliches Aufsehen erregte. Zu den Hoffestlichkeiten stellt die Postbehörde seit vielen Jahren für die höheren Beamten, die zur Hoftafel geladen sind, Lohnfuhrwerke. Zur Ausführung dieser Fahrten werden besonders erprobte und für den Reichsdienst verpflichtete Postillone herangezogen. Für den Hofball hatte die Posthalterei unter anderem auch dem Landwirtschaftsminister v. Arnim eine Equipage gestellt, mit der der Leibjäger des Ministers, der geheime Kanzleidiener Zielke zu den verschiedenen Stellen herumfuhr, um die Karten des Ministers abzugeben. Der Lenker dieses Wagens war der jetzige Angeklagte Hellmer. Als wegen der Auffahrt zum Hofball ein Teil der Straße Unter den Linden abgesperrt war, wollte Hellmer noch vom Schlosse nach dem Platze am Zeughause fahren. Wie die Anklage behauptet, soll der Schutzmann Mesa ihm durch Winken bedeutet haben, daß er wegen der Absperrung dort nicht entlang fahren dürfe. Der Angeklagte fuhr trotzdem ruhig weiter; der Schutzmann fiel den Pferden in die Zügel, um eine Weiterfahrt zu verhindern. Hellmer soll nun von oben herunter mit der Peitsche auf den Schutzmann eingeschlagen haben, so daß dieser schmerzhafte Verletzungen im Gesicht und an den Händen davontrug. Dieser Vorfall hatte eine allgemeine Stauung unter den Fuhrwerken zur Folge und erregte erhebliches Aufsehen.

Vor dem Schöffengericht machte Rechtsanwalt Bahn für den Angeklagten geltend, daß dieser nur seiner vom Minister erhaltenen Instruktion gemäß gefahren sei und deshalb ein Widerstand gegen die Staatsgewalt nicht vorliege. Der Angeklagte habe auch nicht auf den Schutzmann eingeschlagen, sondern auf die Pferde; den Beamten habe er überhaupt nicht in dem Gedränge der Fuhrwerke bemerkt. Das Schöffengericht hielt die Angaben des Angeklagten für nicht widerlegbar und erkannte auf Freisprechung. Hiergegen legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein. Die Berufungsstrafkammer hielt ein straffälliges Vergehen des Angeklagten durch die erneute Beweisaufnahme für nachgewiesen und erkannte auf eine Geldstrafe von 10 Mark oder 2 Tage Gefängnis.

Die Geheimnisse einer Pferdewurstfabrik.

Unter der Anklage des Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz mußten sich der Roßschlächter Emil Richter, der Schlächtergeselle Max Jonas und der Schlächter Robert Heimann vor der zweiten Ferienstrafkammer des Landgerichts III verantworten. Der Angeklagte Richter betreibt seit 1904 im Hause Charlottenburgerstraße 54 in Weißensee eine Roßschlächterei, die er polizeilich als Roßwurstfabrik angemeldet hatte. Hieraus wurde mit der Zeit eine einfache „Wurstfabrik", obwohl der Angeklagte in den Jahren 1906 und 1907 für etwa 15,000 Mark Pferdefleisch verarbeitete. Im Sommer 1906 trat der Mitangeklagte Jonas als Geselle ein. Zu dessen Obliegenheiten gehörte es in der Hauptsache, Schankwirtschaften aufzusuchen und hier Bestellungen auf Pferdewurst zu sammeln. Da dieser Betrieb gut rentierte, machte sich Jonas selbständig. An seine Stelle trat nun der Angeklagte Heimann, der seinerseits dafür sorgte, daß das Fleisch so manchen Schlachtrosses zum Volksnahrungsmittel wurde. Dieser Betrieb währte lange Zeit, bis die Aufdeckung der unsauberen Manipulationen erfolgte. Das Schöffengericht erkannte gegen Richter auf zwei Monate Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe, gegen Jonas auf 300 Mark und gegen Heimann auf 100 Mark Geldstrafe. Gegen dieses Urteil legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein, ebenso Richter und Jonas. Die mehrstündige Verhandlung endete mit der Verwerfung der Berufung der Staatsanwaltschaft. Gegen Richter wurde die Verhandlung vertagt, da noch neue Beweisanträge von der Verteidigung gestellt wurden. Die Berufung des Angeklagten Jonas wurde ebenfalls verworfen.

Die polnische Gräfin.

Vor dem Oberlandesgericht in Frankfurt a. M. schwebt nach der Frankfurter „Kl. Presse" augenblicklich ein Prozeß der Gräfin Petronella Skorzewski-Mihnareczyk, die um Aufhebung der am 19. Juli 1907 vom Weilburger Amtsgericht gegen sie erkannten Entmündigung klagt. Die Gräfin ist — so erzählt sie wenigstens — am 2. März 1864 von adligen Eltern geboren, wurde aber gleich nach ihrer Geburt durch ihre Pflegeeltern, eine Nachtwächtersfamilie, vertauscht, die ihren zu gleicher Stunde geborenen Sohn dafür unterschoben. In ärmlichen Verhältnissen als Schneiderin aufgewachsen, heiratete die Gräfin nach ihren Angaben im Oktober 1883 in einem Ort bei London den Grafen Leon Skorzewski, der außer seinem Schloß Lubostron bei Labischin Besitztümer im Werte von sechs Millionen Mark besaß. Die Verwandten des Grafen aber waren gegen diese Verbindung, und bald trennte sich die Gräfin von ihrem Mann, nachdem sie einen Sohn geboren hatte. Im März 1903 starb der Graf, ohne daß die Ehe geschieden worden war.

Und nun begannen, wie die Gräfin behauptet, schwere Leidenstage für sie, da die Verwandten ihres Mannes, der polnische Adel und die polnische Geistlichkeit sie verfolgten. Man bestritt, daß sie überhaupt jemals mit dem Grafen Skorzewski verheirat gewesen sei und einen Sohn geboren habe, erklärte sie für geisteskrank und ließ sie in die Irrenanstalt Owinsk bei Posen bringen. Später kam sie in die Anstalt auf dem Eichberg, über deren Zustände sie nach ihrer Freilassung haarsträubende Dinge verbreitete, so daß sie auf Beschwerde des Eichberger Anstaltsdirektors im Jahre 1907 in die Irrenanstalt in Weilmünster verbracht wurde. Von dort gelang es ihr zu entfliehen.

Vor dem Oberlandesgericht machte die Gräfin durch ihren Anwalt, Rechtsanwalt Meyer-Petsch geltend, daß die Entmündigung zu Unrecht erfolgt und daß sie geistig vollständig gesund sei. Sie brachte umfangreiche Schriftsätze vor, in denen dargetan wird, daß die Gutachten der verschiedenen Irrenärzte tatsächliche Unrichtigkeiten enthalten, und die zugleich die schwersten Anklagen gegen die Zustände in den Irrenanstalten, namentlich der Eichberger Anstalt enthalten. Sie sei, so behauptet die Gräfin, dort in die schmutzigste Abteilung gekommen, habe im Winter in einer Parterrezelle auf dem Strohsack liegen müssen und habe durch das an den Wänden herunterlaufende Wasser Blasenschmerzen und Rheuma bekommen. Deshalb habe sie auch einen Selbstmordversuch begangen. Diesen Ausführungen steht das Gutachten des Oberarztes der Irrenanstalt Weilmünster, Dr. Erk, gegenüber, auf Grund dessen die Entmündigung erfolgt war. In diesem Gutachten, das vor dem Oberlandesgericht verlesen wurde, ist gesagt, daß die Klägerin an einer, auf degenerativer Basis beruhenden hysterischen Verrücktheit leide. Sie sei in Ostrowo Dienstmädchen gewesen, habe es aber überall verstanden, hochstehende Persönlichkeiten für sich zu interessieren. Sie habe eine boshafte Natur und sei schon seit Jahren Morphinistin.

Das Oberlandesgericht beschloß nach Verlesung der Gutachten einen neuen Termin vor dem beauftragten Richter anzuberaumen. Hierzu sollen die Klägerin sowie mehrere Aerzte als sachverständige Zeugen geladen werden.

Militärgerichtliches.

Ein bestrafter Deserteur.

Der Artillerist Scharf wurde gestern vom Kriegsgericht der ersten Gardedivision wegen dreijähriger Fahnenflucht und wegen Diebstahls zu zwei Jahren und drei Monaten Gefängnis verurteilt; außerdem wurde er in die zweite Klasse des Soldatenstandes versetzt.

SPORT

Herbsttage in Hoppegarten.

Der dritte Herbstrenntag in Hoppegarten enthielt gestern nicht weniger als vier Konkurrenzen für Zweijährige. Das war bei den kurzen Distanzen dieser Art Rennen, die fast sämtlich auf der geraden Bahn gelaufen werden, doch etwas zu viel des Guten. Die wichtigste Konkurrenz für die Youngster war das Basedow-Rennen, für das elf Bewerber am Start sich einfanden. Als Favorit ging der Graditzer Lohengrin an den Ablauf, doch der Hengst kam ebensowenig zur Geltung wie die gleichfalls stark gewetteten Werra und Starost. Durch die Unruhe von Leipzig verzögerte sich der Ablauf lange, und, als das Zeichen erfolgte, schossen sofort Oranier, Lohengrin und Werra an die Spitze, die in dieser Reihenfolge auch in die Gewinnseite einbogen. Hier war es ohne weiteres klar, dass Oranier das Feld überlegen beherrschte. Da plötzlich vor den Tribünen brach der Führende weg und behinderte dadurch die neben ihm liegenden Spion und Lohengrin. Nach wenigen Galoppsprüngen hatte Jockei Shaw seinen Hengst aber wieder gerade gerichtet, und Oranier gewann sehr leicht gegen Spion und Posthumus. Der Trainer des Zweiten legte dann zwar gegen den Sieger Protest ein, doch wurde der Einspruch zurückgewiesen, denn Oranier hätte ohne sein Fortbrechen noch viel leichter gewonnen. Die Einzelresultate waren:

Lilienhof-Rennen. Preis 4000 M. Distanz 1200 Meter. Graf E. Henckels Meister (Spencer) 1. Gestüt Graditz' Rauhreif (Bullock) 2. Graf J. Sierstorpffs Atout (Boardman) 3. Sehr leicht mit einer Länge gewonnen. Tot. 155 : 10. Pl. 35, 17, 15 : 10. Ferner liefen: Carolinger, Palmarum Trallarum, Romeo, Marabou, Steinhammer, Pujog, Landjunker I, All Black, Illrakeit, Erreicht, Schwerenöther, Prinz Kuckuk.

September-Handikap. Pr. 4000 M. Dist. 1800 Meter. Herrn Felix Simons Menzel (Reiff) 1. Herrn R. Kesslers Baco (Schläke) 2. Herrn W. Perizonius Rocas (Hughes) 3. Sehr leicht mit zwei Längen gewonnen. Tot.: 20 : 10. Pl.: 10, 11, 24 : 10. Ferner liefen: Bernadotte, Is' a sonix, Jamaica, Pech.

Basedow-Rennen. Pr. 10,000 M. Dist. 1400 Meter. Frhrn. Ed. v. Oppenheims Oranier (Shaw) 1. Herrn A. Klönnes Spion (Boardman) 2. Herrn G. Beits Posthumus (Weatherdon) 3. Sehr leicht mit dreiviertel Längen gewonnen. Tot.: 63 : 10. Pl.: 24, 29, 24 : 10. Ferner liefen: Werra, Beweis, Starost, Taschenspieler, Peter u. Paul, Donner I, Leipzig, Lohengrin I.

Bockstadt-Rennen. Pr. 8000 M. Dist. 2200 Meter. Herrn K. v. Tepper-Laski Calvello (Rastenberger) 1. Herren A. und C. v. Weinbergs Barrikade I (O'Connor) 2. Mr. Rays Vigilant (Warne) 3. Sehr leicht mit zwei Längen gewonnen. Tot.: 28 : 10. Pl.: 12, 13, 21 : 10. Ferner liefen: Hochzeit, Swintroda, Tänzerin I, Ganges, Napoleon.

Walburg-Rennen. Pr. 4000 M. Dist. 1200 Meter. Dr. Lemckes R. P. (Warne) 1. Frhrn. Ed. v. Oppenheims Orphir (Reiff) 2. Herren A. u. C. v. Weinbergs Politesse (O'Connor) 3. Sicher mit einer halben Länge gewonnen. Tot.: 46 : 10. Pl.: 19, 53, 41 : 10. Ferner liefen: Frigga, Halka, Sagunt, Solmona, Barbigöl, Franziska, Erbschaft, Fanfare, Harmlos, Tutti frutti, Sea Sick, Rotunde.

Waldhof-Rennen. Pr. 3000 M. Dist. 1200 Meter. Herrn E. S. Godfreys Consul (Shurgold) 1. Herrn A. Klönnes Myman (Jeomans) 2. Herrn P. Pakheisers No Mistake (Schläke) 3. Sicher mit einer Länge gewonnen. Tot.: 132 : 10. Pl.: 25, 16, 13 : 10. Ferner liefen: Galapeter, Tyiometer, Westfale, Eigenliebe, Gersemi.

Jungfernpreis. 4000 M. Dist. 2000 Meter. Frhrn. Ed. v. Oppenheims Rouge et noir (Steinkühler) 1. Gestüt Graditz' Diagonale (Torke) 2. Herrn R. Haniels Figaro I (Burian) 3. Siegte sicher. Tot.: 28 : 10. Pl.: 13, 15, 20 : 10. Ferner liefen: Germania, Cockney, Porte Bonheur, Grita, Sigismund, Marco Polo, Blaue Donau, Mal sehen.

Die Distanzfahrt Berlin—München. Am Ziel der fünften Etappe Baireuth—Regensburg traf einem Privat-Telegramm zufolge gestern nach einer Fahrzeit von 10 Stunden 56 Minuten als Erster kurz vor 6 Uhr Herr W. Felsing ein. Als Zweiter folgte 8 Minuten später Herr A. Brandt. Freifrau v. Senfft-Pilsach kam nach 11 Stunden 13 Minuten als Dritter an vor Frau Vera Kohner, die 11 Stunden 28 Minuten gebrauchte. Dann passierten Herr v. Mautner-Markhof nach 11 Stunden 38 Minuten und Prinz Schönburg nach 12 Stunden 24 Minuten das Ziel. Zehn Minuten längere Fahrzeit als dieser hatte Prinz Ipsilanti. **Herr W. Kohner, der bislang an der Spitze lag, war bis 8 Uhr noch nicht eingetroffen. Die Pferde sind fast alle frisch. Nur das** Sattelpferd des Herrn C. Stoltz ist lahm geworden, und das Gespann war zum Aufgeben gezwungen. Auch Baron Senfft soll aufgegeben haben. Herr v. Stuckhard, der Stallmeister des Prinzen von Turn und Taxis, stellte Stallungen für die Pferde zur Verfügung.

Kleine Chronik.

Durchstechereien im Gefängnis ist man, wie aus Frankfurt a. M. gemeldet wird, am Mittwoch während einer Strafkammerverhandlung auf die Spur gekommen. Der Gefängnisaufseher Karl Müller wurde wegen umfangreicher Durchstechereien verhaftet. Während der Verhandlung wurden auch zwei Personen aus dem Publikum verhaftet.

Schachwettkampf Lasker—Tarrasch. Die vorgestern abgebrochene achte Partie des Münchener Schachwettkampfes Lasker—Tarrasch wurde gestern nach wenigen Zügen remis gegeben. Tarrasch (Weiß), Lasker (Schwarz). 46. Dc1—c3, Ta4—b4. 47. c5—c6, Tb4—c4. 48. Dc3 × a5, Tc4 × c6. Die Partie ist der englischen Läufer wegen remis. — Der Stand des Wettkampfes ist somit: Lasker 5, Tarrasch 1, remis 2.

Ein ernster Grenzkonflikt.

Europa ist um ein Haar in einen fürchterlichen Krieg verwickelt worden; ein gütiges Geschick hat die Gefahr diesmal noch abgewandt. Es handelt sich nicht etwa um einen neuen unerwarteten Konflikt in Marokko, es war vielmehr, wie die „Münch. N. N." dem Pariser „Gaulois" entnehmen, das Fürstentum Monaco, in dem das europäische Gleichgewicht beinahe aus dem Leim gegangen wäre. Als vor wenigen Tagen die biederen Monegassen gegen 5 Uhr morgens noch sanft und selig in den Federn lagen, wurden sie plötzlich durch eine rauschende Militärmusik aus den Federn gejagt: zwei französische Regimenter waren unter klingendem Spiel in das Territorium einmarschiert. Alle Bürger des Fürstentums waren von Entsetzen gelähmt: das war gewiß die schon seit Jahrhunderten gefürchtete französische Invasion! Doch die monegassische Armee sollte ihrem im Laufe der Jahrhunderte bewährten Schlachtenruhme auch diesmal nicht untreu werden. Mutig rückte die kleine, aber stattliche Schar der Karabiniers und Feuerwehrleute an die bedrohte Landesgrenze, um sich gegebenenfalls für Land und Fürsten aufzuopfern. Bevor die Schlacht begann, wollte der monegassische Feldherr die Franzosen noch in letzter Stunde auf das Frevelhafte und Unnütze ihres Beginnens aufmerksam machen: war doch vorauszusehen, daß Europa einem solchen Ueberfalle im tiefsten Frieden nicht ruhig zusehen würde. Die bewegten Worte des monegassischen Generals verfehlten ihre Wirkung nicht, und die Franzosen erklärten, sich auf der Straße von Nizza nach Mentone verlaufen zu haben. Diese ziemlich klägliche Haltung der Okkupationsarmee machte die monegassische Heeresleitung kühn und diese verlangte nun ihrerseits, daß diese Verletzung der Staatshoheit von Monaco gesühnt werde. Die Franzosen erkannten die Gefahr, in der sie schwebten, in dem schmalen Defilee des Territoriums von Monaco durch den Feind ins Meer gedrängt zu werden, und erklärten sich zu jeder Genugtuung bereit. Die Monegassen verlangten darauf, die französischen Militärkapellen sollten durch Spielen der monegassischen Hymne dem schwergekränkten Lande ihre Huldigung darbringen. Die Franzosen waren froh, so leichten Kaufes davonzukommen und kamen diesem Wunsche sofort nach. Nachdem beide Armeen pflichtschuldig salutiert hatten, zogen die Franzosen in Eilmärschen wieder nach Frankreich zurück, und so war durch die Todesverachtung der monegassischen Truppen und durch die Geistesgegenwart ihres Führers um 8 Uhr morgens ein internationaler Zwischenfall beseitigt, der noch eine Stunde vorher ganz Europa hätte verwirren können.

Der Zirkus Busch

ist wieder da und hatte gestern zum ersten Male die Berliner zu sich geladen. Die alten und immer neuen zirzensischen Künste sind in Glanz vorhanden, die Schulreiterei, durch Frau Mathilde Renz und Herrn Burkhardt-Foottit mit der längst berühmten Gediegenheit vertreten, wetteifert mit der Pferdedressur, die Ernst Schumann mit der bekannten Exaktheit besorgt. Frobel und Ruge, ein groteskes Clownpaar, treiben am Trapez Späße von völlig origineller Drastik, Mariska Recsey vereinigt die mannigfachsten Tiersorten zu einem Dressurakte, für die Erholung des Auges sorgt eine Schulquadrille von sechzehn Pferdekräften und für die des Zwerchfelles die Clownschar François, Bimbo, Marzelli und Revelli. Die Kraftathleten Saxon bauen sich als Brückenpfeiler auf und lassen ein schweres Automobil über sich hinwegfahren. Aber den Clou des Programms bildet Houdini, der Kettensprenger. Er befreit sich vor den Blicken des Publikums aus einer eng geschnürten Polizeizwangsjacke und taucht alsdann in eine sechsfach verschlossene, vollgefüllte Wasserkanne, aus der er sich binnen zwei Minuten mittels eines geheimnisvollen Tricks erlöst.

Letzte Nachrichten.

Budapest, 10. September. Heute fand unter Vorsitz des Ministers des Aeußeren Freiherrn v. Aehrenthal eine **gemeinsame Ministerkonferenz** statt, in der die den Delegationen zu unterbreitenden Vorlagen endgültig festgestellt wurden. Die Einberufung der Delegationen wurde wegen der Tagung der österreichischen Landtage verschoben.

Paris, 10. September. Wie eine Note der Agence Havas mitteilt, sind Frankreich und Spanien über den Text der **französisch-spanischen Note** hinsichtlich der für seine Anerkennung von Muley Hafid zu fordernden internationalen Garantien zu einem Einvernehmen gelangt. Der Text der Note wird heute abend per Post nach San Sebastian und nach Madrid gesandt werden, um die Uebereinstimmung des Wortlautes festzustellen. Ihre Mitteilung an die Mächte wird dann sofort erfolgen.

Amsterdam, 10. September. Nach einer Depesche aus Apeldoorn wird dort die Meldung von der **vorzeitigen Entbindung der Königin** bestätigt. Die Entbindung soll bereits am letzten Sonnabend abends stattgefunden haben. Der Gesundheitszustand der Königin ist günstig.

Petersburg, 10. September. Das Befinden **Tolstois** ist heute gut. Der Dichter verlebte den Tag im Kreise seiner Familie und widmete sich literarischen Arbeiten. Aus allen Teilen der Welt treffen zahllose Huldigungstelegramme in Jasnaja Poljana ein, von denen der Jubilar tief gerührt ist. Die aus ganz Rußland, selbst aus den entferntesten Gegenden Sibiriens hier vorliegenden Meldungen bekunden, daß der Tolstoi-Tag die gebildete Welt des Reiches in der Huldigung des Dichters vereint. Die Haltung der Behörden ist in den einzelnen Gouvernements verschieden und teilweise schwankend. So wurde in Simbirsk eine schon genehmigte Festaufführung in letzter Stunde verboten.

Petersburg, 10. September. Die Stadt und ihre Umgebung ist für **choleravedroht** erklärt worden. Das städtische Gesundheitsamt macht bekannt, daß an der Cholera in den letzten 24 Stunden **37 Personen erkrankt und 12 gestorben sind.**

Rio de Janeiro, 10. September. Die Hafenarbeiter von Santos sind in den **Ausstand** getreten.

Schiffsbewegungen.

Bremen, 10. September. (Nordd. Lloyd.) „Roon" Mittwoch 2 Uhr nachm. in Aden angek. „Main" Mittwoch 5 Uhr nachm. in Baltimore angek. „Neckar" Donnerstag 3 Uhr nachm. von Bremerhaven abgeg.

Verantwortlich für den politischen Teil und das Feuilleton: Georg Siegerist in Steglitz; für Lokales, Gerichtszeitung, Kleine Chronik und den übrigen redaktionellen Teil des Blattes: Dr. Johannes Stanjek in Berlin; für den Inseratenteil: Paul Grätz, Gr.-Lichterfelde.

Hierzu Beiblatt.